Nr. 246. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich. vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 7. September 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Ruhiger Tag im Westen.

Die Wahlreform im Herrenhaus.

Fünf Tage Erholungspause. — Die Konservativen für ständische Vertretung.

Der amtliche Bericht meldet: In der heute zu Ende gehenden Generaldiskussion wurden vorzugsweise die vermutlichen Wirkungen erörtert, welche die Annahme des gleichen Wahlrechts oder die Nichtdurchführung der Julibotschaft haben würden; auch das Verhältnis der Julibotschaft zur Osterbotschaft wurde besprochen. Von konservativer Seite wurde in Aussicht gestellt die Einbringung von Vorschlägen in der Richtung eines berufsständischen oder eines Gruppenwahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Die Kommission beschloß sodann, die Spezialberatung am Mittwoch, den 11. September, zu beginnen.

•

Wie weiter gemeldet wird, findet am Dienstag eine Vorbesprechung der Ausschußmitglieder statt. Im Volk, man könnte wohl bald sagen ohne Unterschied der Partei, ist man der Ansicht, daß dieser ganze Ulk zum Ernst unserer Zeit schlecht paßt. Wann macht die Regierung damit Schluß?

Austausch der deutsch-russischen Ratifikations-Urkunden.

Berlin, 6. September. Amtlich. Im Auswärtigen Amte sind heute die Ratifikations-Urkunden zu den am 27. v. Mts. unterzeichneten deutsch-russischen Verträgen, nämlich dem Ergänzungsvertrag zum Friedensvertrag sowie dem Finanzabkommen und dem Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrags ausgetauscht worden. Die Verträge werden demnächst veröffentlicht werden.

Einen Auszug aus dem umfangreichen Vertragswerk, dessen Wortlaut uns in später Stunde zugeht, finden unsere Leser auf der dritten Seite des Hauptblattes. Der Inhalt ist durch die von uns seinerzeit veröffentlichte offiziöse Mitteilung schon bekannt und hier eingehend gewürdigt worden. Ein weiteres Eingehen auf den Inhalt der Verträge behalten wir uns vor.

Vorstoß der französischen Kammersozialisten.

Diskussion des Malvy-Urteils.

Bern, 5. September. Wie „Temps" berichtet, beabsichtigen die Sozialisten, heute sofort nach dem Zusammentritt der Kammer **eine Interpellation über die allgemeine innere und auswärtige Regierungspolitik einzubringen,** es scheint jedoch nicht, daß diese vom Standpunkt des Kabinetts aus eine beachtenswerte Folge haben könnte. „Temps" fordert die Kammer auf, sich recht ruhig zu zeigen, und schreibt, die Kammer sei weder dazu da, militärische und strategische Pläne auszuarbeiten oder zu korrigieren, noch habe sie das Recht, von den Gerichten gefällte Urteile zu revidieren. Es genüge, daß die Kenner nützliche Gesetze machen, notwendig sei, daß sie irritierende Diskussionen und die **Diskussion über die Malvy-Affäre vermeide.** Das Blatt fordert die Kammer auf, den Richterspruch bezüglich Malvys ohne weiteres anzunehmen, nur an Krieg und Sieg solle man denken. „Petit Parisien" glaubt, daß angesichts der günstigen militärischen Lage die Kammersitzungen in großer Ruhe und Geschlossenheit vor sich gehen werden. Die sozialistische Presse, allen voran „Humanité", erklärt, **daß die Malvy-Affäre unbedingt zur Sprache gebracht** und von Grund aus erörtert werden müsse.

Nach Meldung Schweizer Blätter handelt es sich bei dem Vorstoß der französischen Sozialisten nicht nur um eine Besprechung des Falles Malvy, vielmehr werde im Mittelpunkt der Debatte die Friedensfrage stehen.

Schwere Mißhandlung Macdonalds.

Ein Sieg kriegshetzerischen Rowdytums.

Bern, 5. September. Zu den schweren Ausschreitungen in Plumstaad am 31. August, wobei Ramsay Macdonald **mit knapper Not der Steinigung entging,** erfährt „Daily News", daß der Arbeiterführer eine Versammlung unter freiem Himmel angesagt und eine Rede zugunsten des Freien Wortes angekündigt hatte. Die Föderation entlassener Soldaten und Seeleute veranstaltete aber auf demselben Platze zu früherer Stunde eine Gegendemonstration. Als nun Macdonald und seine Freunde ihre Versammlung eröffnen wollten, wurden sie mit Steinen und Flaschen angegriffen. Die Mitglieder der Föderation stürmten die Tribüne und verhinderten durch lärmendes und rohes Gebaren, wobei viele Personen schwere Verletzungen erlitten, die Abhaltung der Versammlung. „Daily News" schreibt hierzu: Es besteht kein Zweifel, daß der scheußliche Ausbruch von Rowdytum wohl organisiert war. Wenn das Grundrecht des Freien Wortes wirklich beseitigt werden soll, ist es fraglich, wofür wir eigentlich kämpfen. Die Tyrannei des Rowdy ist ebenso bedrückend wie die Tyrannei des Gottesgnadentums und erheblich weniger respektabel.

Zu unserer Entrüstung über diese Vorgänge gesellt sich die Erinnerung an eine gewisse Versammlung der Vaterlandspartei im Januar d. J., in der es für den Verständigungsfrieden eintretenden Kriegsbeschädigten ähnlich erging wie Ramsay Macdonald. Die Methoden der Kriegshetzer sind international die gleichen.

Das liberale Aktionsprogramm.

Rotterdam, 5. September. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der liberale Nationalverband hat Entschließungen über das liberale Programm nach dem Kriege veröffentlicht; auf dem bevorstehenden Kongreß in Manchester werden darüber Beschlüsse gefaßt werden. „Daily Chronicle" gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Liberalen endlich wieder einen festen Kurs einschlagen wollen, und ist der Ansicht, daß die Vorschläge einen günstigen Eindruck machen werden. „Daily News" hätte es gern gesehen, daß man etwas mutiger zu dem Werke gegangen wäre. Das Blatt verlangt unter anderem Freihandel, Homerule, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Einschränkung des Mißbrauches von alkoholischen Getränken und die Reform des Oberhauses. Für besonders wichtig hält das Blatt die Vorschläge über die Industriepolitik, in denen die liberale Partei sich für eine völlige Aenderung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausspricht, Industrieräte empfiehlt und feste Minimallöhne für Männer und Frauen in allen Betrieben und Industriezweigen anregt. „Daily Chronicle" schreibt, daß diese eingreifenden Reformen, die die individualistischen Liberalen aus der Laisser-faire-Laisser-aller-Periode vollständig aus der Fassung gebracht haben würden, jetzt einen der wichtigsten Teile des liberalen Programms ausmachen würden. Die Liberalen würden in Zukunft danach streben, den Frauen die Hindernisse für sämtliche Berufe aus dem Wege zu räumen und in die Ehescheidungsgesetze gleiches Recht für beide Geschlechter einzuführen.

Feindliche Angriffe zwischen Ploegsteert und Armentières zurückgeschlagen — Heftige Infanteriegefechte im Vorfeld der neuen Stellungen — Kämpfe an der Vesle.

Berlin, 6. September 1918, abends. Amtlich.

An den Kampffronten ruhiger Tag. Kleinere Gefechte im Vorgelände unserer Stellungen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. September 1918. (WTB)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Erkundungsabteilungen des Feindes, die zwischen Ypern und La Bassée vorfühlten und nördlich von Lens unter starkem Feuerschlag vorbrachen, wurden abgewiesen. Am Abend schlugen hessische Truppen zwischen Ploegsteert und Armentières mehrfache Angriffe des Gegners zurück. Sie machten hierbei mehr als 100 Gefangene. Erfolgreicher Vorstoß in die englischen Gräben bei Hulluch.

Im Vorgelände unserer neuen Stellungen kam es zu heftigen Infanteriegefechten an der Straße Bapaume—Cambrai, am Walde von Havrincourt und auf den Höhen östlich des Tortille-Abschnitts. Stärkere Angriffe, die der Feind aus der Linie Neuville—Mannancourt—Moislains führte, wurden abgewiesen. Aus Péronne und über die Somme ist der Feind erst gestern zögernd unseren Nachhuten gefolgt. Zwischen Somme und Oise drängte er schärfer nach und stand am Abend westlich der Linie Ham—Chauny. Auch zwischen Oise und Aisne hat sich die Loslösung vom Gegner plangemäß vollzogen. Unsere Posten stehen mit ihm in Gefechtsfühlung in der Linie Amigny—Barisis—Laffaux—Condé.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Oestlich von Soissons ist der Feind über die Vesle gefolgt. Unsere Infanterieabteilungen und Artillerie haben ihn lange aufgehalten und ihm Verluste zugefügt. Auf den Höhen nordöstlich von Fismes wurden stärkere Angriffe der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. September. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südlich des Tonale-Passes wurden italienische Patrouillen abgewiesen.

Bei Asiago schlugen wir einen Angriff zurück. Sonst vielfach lebhaftes Geschützfeuer.

Albanien.

Nichts Neues. Der Chef des Generalstabes.

Im Verteidigungskampf!

Von Richard Gädke.

Zwei grundlegende Tatsachen bestimmen die gegenwärtige Lage an der Westfront. Das ist einmal der Rückschlag, den unsere Kriegführung am 15. und 18. Juli, am 8. und 9. August durch Fochs Gegenmaßnahmen und seinen ungestümen Angriff erlitten hat. Dieser Rückschlag brauchte an sich keine länger dauernden Folgen zu haben, er hätte durch Wiederaufnahme unserer eigenen Vorbewegung wieder ausgeglichen werden können. Und anfänglich mag unsere Heeresleitung eine ähnliche Lösung der entstandenen Verwicklung wohl ins Auge gefaßt zu haben. Nun aber trat eine zweite Tatsache in die Erscheinung: das war die Zahlenüberlegenheit, die sich auf seiten unserer Gegner herausstellte. Sie besteht offenbar nicht nur in der Stärke ihrer Truppeneinheiten und Mannschaftsbestände, sondern auch in der gewaltigen Masse ihrer Kriegsmittel. Es scheint, daß Tausende neuer Panzerwagen, zahlreiche neue Flugzeuge für ihre lange geplante und monatelang sorgfältig vorbereitete Offensive versammelt worden sind. Die Meldungen unseres Hauptquartiers und die Angaben der Kriegsberichterstatter zwingen aber auch zu dem Schluß, daß die feindlichen Verluste des Frühjahrs an Geschütz, Maschinengewehren, Grabenmörsern und Schießbedarf reichlich ausgeglichen worden sind. Die unumschränkte Fülle der Rohstoffe, die ihnen noch immer zur Verfügung stehen, die vereinigten Industrien Englands, Nordamerikas, Frankreichs bilden einen Kraftzuwachs für unsere Gegner, an den wir bei besonnenem Urteil nicht vorbeigehen dürfen. Selbst ohne sie aber mußte die Masse ihrer Streitkräfte ein schweres Gewicht in die Wagschale des Krieges werfen.

Die Zahl der amerikanischen Truppen ist, soviel sie bisher festgestellt werden konnte, in deutschen Zeitungen veröffentlicht worden. Wir werden gut tun, nicht nur die bereits geschlossen eingesetzten 17 Divisionen, sondern die Gesamtzahl von 32 starken Divisionen, und somit rund 730 000 Amerikaner, in Rechnung zu stellen. Obwohl an den Kämpfen selbst nur wenige Divisionen und einige den Engländern zugewiesene Brigaden beteiligt waren, kommt das Gewicht der Gesamtmasse dennoch zur Geltung, weil sie gute französische Angriffsdivisionen für des Oberfeldherrn Zwecke frei macht. Selbst die Streitkräfte, die in ihrer Ausbildung noch nicht völlig fertig sind, dürfen nicht mehr außer acht gelassen werden, weil man auch sie im Notfalle neben abgekämpften englischen und französischen Divisionen an ruhigen Frontstellen einsetzen und so Ablösungstruppen zur Nährung der Angriffsschlacht gewinnen wird.

Neben den Amerikanern haben offenbar auch die Engländer sehr starke Ersatztruppen nach Frankreich hinübergeworfen und dadurch ihre Frühjahrsverluste ausgeglichen. Ihre Depots hinter der Front scheinen gut gefüllt zu sein, anders wäre es kaum zu erklären, daß beispielsweise die australischen und kanadischen Divisionen in unseren wie in den englischen Schlachtberichten immer wieder erwähnt werden, obwohl sie doch nach den Meldungen des deutschen Hauptquartiers sehr große, zum Teil außergewöhnliche Verluste erlitten haben.

Endlich scheinen die Franzosen ihr braunes und schwarzes Kanonenfutter wieder sehr stark in Anspruch genommen zu haben. Sie müssen vielfach die Hauptlast des Kampfes für ihre mitleidslosen Herren tragen.

So ist es gekommen, daß wir an vielen Fronten der weitausgedehnten Schlacht eine große Ueberlegenheit an Kämpfern und Streitmitteln uns gegenüber haben. Die Kriegsberichterstatter haben in einem Falle, nördlich Noyon, eine dreifache Uebermacht des Gegners gemeldet.

Angesichts dieser Verhältnisse hat die deutsche Heeresleitung beschlossen, den weiteren Kampf nicht mehr im Angriff, sondern in der Verteidigung zu führen. Die Stellungen aber, die wir noch am 8. August einnahmen, die aus unseren eigenen Angriffsunternehmungen hervorgegangen waren, eigneten sich schlecht für die Verteidigung und haben die ersten Erfolge von Franzosen und Engländern erleichtert. Der Entschluß zur Verteidigung bedingte den weiteren Entschluß, die Linien vom Feinde abzusetzen, um ein Vorfeld zu gewinnen, sie gerade zu stecken, um feindliche Flankierungen zu vermeiden, und sie zu verkürzen, um an Kräften zu sparen. Diese Notwendigkeiten haben sich im Laufe der vierzehntägigen Schlacht wiederholt ergeben, je nachdem örtlichen Raumgewinn, den die feindliche Uebermacht an dieser oder jener Stelle erzwingen konnte. So sehen wir als ein ganz naturgemäßes und zu erwartendes Ergebnis der Lage, daß die deutsche Schlachtlinie sich langsam ostwärts schiebt. Diese Bewegung wird aufgehalten durch die wiederholten, verlustreichen Angriffe und durch zahlreiche kraftvolle Gegenstöße des deutschen Verteidigers. So ist der Gegner bisher nur langsam vorwärts gekommen; er hat in vierzehntägigen Kämpfen, die zu den schwersten und bittersten dieses Krieges gehören, teils durch unser freiwilliges Zurückweichen, teils durch er-

kämpften Raumgewinn durchschnittlich nur 15 bis 21 Kilometer Raum gewonnen, täglich also 1000 bis 1500 Meter. Es wäre sogar durchaus denkbar, daß die deutsche Heeresleitung an sich gerne rascher sich vom Feinde loslösen und ihn in die traurige Wüstenei bis zur Siegfriedstellung hineinlocken würde, wenn nicht die Sicherung zahlreichen für die Schlagfertigkeit des Heeres erforderlichen Gerätes, von Lebensmitteln, von Schießbedarf, von Anlagen aller Art einen hartnäckigeren Widerstand notwendig machen würde. Denn ihr eigentliches Gepräge erhält die Schlacht dadurch, daß der Gegner in ihr mit aller Macht eine große Entscheidung erreichen will und deshalb seine Uebermacht zu immer wiederholten Widerstößen ansetzt, während die deutsche Heeresleitung diese Entscheidung im gegenwärtigen Augenblick nicht wünscht. Es mag wohl sein, daß sie auch zwischen Arras und Soissons den Entscheidungskampf hätte annehmen können und daß der feindliche Stoß hier, wie früher schon wiederholt, schließlich im Sande verrieseln würde. Aber die deutsche Heeresleitung bleibt in der Verteidigung dem Verfahren treu, das sie im Angriff befolgte: die feindliche Kraft allmählich zu zermürben, mit der eigenen hauszuhalten. So glaubt sie die Ueberlegenheit des Gegners immer wieder auszugleichen, sich selbst aber die letzte Reserve aufzusparen. So glaubt sie, den feindlichen Vernichtungswillen schließlich zu brechen, weil der mögliche Gewinn die weiteren Opfer nicht mehr lohnt, und so zu dem Verständigungsfrieden zu gelangen, den alle Einsichtigen herbeiwünschen. Der Krieg ist in diesem Augenblick — und ist es wohl stets — mehr noch ein Ringen der moralischen als der materiellen Kräfte. Die Entscheidung wird für die vernünftigen Kriegsziele dessen fallen, der sich die letzte Reserve an sittlicher Kraft, an entschlossenem Willen des Widerstandes bewahrt hat.

Der letzte Entscheidungskampf wird für den Gegner um so schwieriger werden, je tiefer er in die Einöde eindringen muß, die die Kämpfe des vorigen Jahres in erschreckender Tiefe geschaffen haben, und die gegenwärtig noch wüster, trauriger, armseliger wird. Der Schild, den sie vor unsere Heere legt, wird die siegreiche Abwehr im Verteidigungskampfe erleichtern.

Der U-Boot-Konflikt mit Spanien.

Aeußerungen v. Hintzes.

Wien, 6. September. Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht Aeußerungen, die Staatssekretär von Hintze zu einem Wiener Berichterstatter Madrider Blätter über die deutsch-spanischen Beziehungen tat. Der Staatssekretär erklärte: Es ist richtig, daß die Note Spaniens diesmal einige Härten enthält. Wir glauben jedoch, darüber schon aus dem Grunde hinweggehen zu können, weil Spanien im Kriege sich unserer Landsleute über See in wärmster Weise angenommen hat und wir Spanien dafür dankbar sind. Diese Dankbarkeit, bekanntlich ein echt deutscher Charakterzug, beeinflußt auch unser politisches Verhalten. Wir sind bemüht, die aufgetauchten Differenzen in friedlichem Geiste beizulegen und glauben, daß dieses Bestreben auch bei Spanien vorhanden ist. Es besteht für Spanien kein Interesse Deutschland gegenüber andere Wege zu gehen als bisher. Ebenso haben auch wir kein Interesse daran, die freundschaftliche Gesinnung zu verlassen, wie wir sie Spanien gegenüber bisher bestätigten.

England und die Bolschewiks.

Litwinoff — Englands Geisel.

Die englische Regierung fährt mit ihrem Versuche fort, den Spieß umzudrehen und die bolschewistische Regierung eines völkerrechtswidrigen Verhaltens zu beschuldigen. Sie hat zunächst den bolschewistischen Vertreter in London, Litwinoff, unter Arrest gestellt, bis alle britischen Vertreter in Rußland freigelassen sind und die Erlaubnis erhalten haben, nach Finnland zu gehen. Ihre eigene Unschuld an den Vorgängen in Rußland sucht die englische Regierung durch ein Reuter-Telegramm zu bekräften, wonach seit ungefähr zwei Monaten keine unmittelbare Verbindung zwischen dem englischen Auswärtigen Amt und Petersburg bestand. Reuter macht weiter Mitteilungen über die Austauschverhandlungen, die zwischen England und Rußland geschwebt hatten. Tschitscherin hatte angeboten, die Engländer nach Finnland freizugeben, sobald Litwinoff in Norwegen angekommen sein würde. Darauf habe sich die englische Regierung nicht eingelassen.

Die „Prawda" vom 2. September teilt mit, daß im Gebiet von Tscherepowetz, im Gouvernement Wologda und Galitzsch Verschwörungen entdeckt wurden, die sich um die englische Mission in Wologda gruppierten. Es wurden zahlreiche Personen fusiliert, von denen, wie „Prawda" sagt, die meisten bisher in der Roten Armee als Offiziere dienten. Ein Leitartikel der „Prawda" rechtfertigt den Angriff auf die englische Botschaft, wegen dessen ein neutraler Konsul Sinowjew interpelliert hat, mit der Aufdeckung der Verschwörung und hebt das loyale Verhalten Deutschlands hervor.

„Iswestija" vom 5. September teilt weiter mit: Mit Wissen der außerordentlichen Kommission wurde ein fiktives lettisches Nationalkomitee gegründet, das auf Lockharts Wünsche einging, sein Geldangebot aber zunächst zurückwies. In einer Geheimsitzung bei dem amerikanischen Konsul Pool wurde die Frage der lettischen Autonomie besprochen. Die Diplomaten machten kaum ein Hehl aus ihrer Verwunderung über die Vertrauensseligkeit der Letten, die zu glauben schienen, daß für die Entente jetzt die Zeit sei, sich mit solchen Kleinigkeiten abzugeben. Nach der erwähnten Sitzung nahm ein Vertrauensmann des Komitees 700 000 Rubel, die ihm von Lockhart ohne Quittung übergeben wurden, entgegen, lieferte aber diesen Betrag an die Sicherheitsbehörde ab.

Bei der Beisetzung des Kommissars Uritzki fanden auf dem Marsfelde englandfeindliche Kundgebungen statt.

Keine Reaktion, aber Verhaftungen.

Kiew, 4. September. Nach einer Meldung der „Kiewskaja Mysl" erklärte der Minister des Innern Kistiakowski den Pressevertretern, es herrsche keinerlei Reaktion. Die Abänderung des Semstwowahlrechts erfolgt unter nationalen Gesichtspunkten, um dem kulturell und national hochstehenden mittleren Bauerntum die Führung zu geben. Das Ukrainische solle alleinige Amtssprache sein.

Der Landwirtschaftsminister Kolokolzew entwickelte den Pressevertretern folgendes Programm:

Schaffung kräftigen Kleingrundbesitzes; Landkommissionen arbeiten fast überall, ihre Aufgabe ist Ueberwindung von Gemeingelage durch Zusammenlegung, Weiterverkauf staatlichen Landfonds an bäuerliche Bevölkerung, Hebung landwirtschaftlicher Technik. Das Schicksal des Gemeindebesitzes ist besiegelt. Der Ankauf von Gütern wird beginnen. Da ein Angebot zu nicht hohen Preisen vorliegt, ist die Enteignung nicht nötig. Diese Agrarreform kann nur allmählich sich verwirklichen.

Die Neugestaltung Polens.

Neue österreichische Pläne.

Die Wiener „Neue Freie Presse" glaubt versichern zu können, „daß eine Annäherung zwischen den beiderseitigen Regierungen stattgefunden habe, und daß unter den möglichen Lösungen die austropolnische Lösung, die Vereinigung von Galizien mit Kongreßpolen im Anschluß an die Donaumonarchie jetzt im Vordergrunde sei".

Unter der austropolnischen Lösung wurde in Deutschland bis vor kurzem die Personalunion zwischen Oesterreich-Ungarn und dem vereinigten Galizien und Kongreßpolen verstanden. Eine solche staatsrechtliche Konstruktion erscheint jetzt den Oesterreichern als zu schwach und zu wenig widerstandsfähig Sie wollen jetzt mehr als eine Personalunion, sie wollen sogar eine über den österreichisch-ungarischen Ausgleich hinausgehende Realunion mit Polen. Mit anderen Worten: Wenn auch dem mit Galizien vereinigten Kongreßpolen eine weitgehende Selbstverwaltung zugesprochen wird, der eine Ausschaltung aus den spezifisch inneröstereichischen Angelegenheiten entspräche, so soll doch eine so enge staatsrechtliche und Verwaltungsgemeinschaft bestehen, daß es nicht, wie in dem Verhältnis zu Ungarn, eine gemeinsame Kriegswirtschaft unmöglich macht. Die „Neue Freie Presse" schreibt:

Wenn die übrigen Kronländer jemals auch noch den Ernährungsüberschuß von Galizien verlieren sollten, wären sie auch im Frieden ohne die Einfuhr aus der Fremde in beständiger Gefahr des Hungers mit seinen Folgen im Kriege. Papierener Schutz genügt nicht. **Wir müssen die Macht haben**, welche in solchen Lebensfragen dem Recht zur Seite stehen muß, namentlich dann, wenn von Wien aus trotz der Freiheit, die dem Königreiche Polen zugestanden werden wird, und trotz der ihm versprochenen Selbständigkeit die großen Interessen der Monarchie in einem Königreiche mit einer ganz nationalisierten Beamtenschaft und einem nationalen Heere geschützt werden sollen. **Eine Personalunion wäre für diese ernsten Zwecke ganz unzureichend. . . ."**

„Das Königreich müßte in eine solche staatsrechtliche Ordnung eingefügt werden, daß wir eine erträgliche innere Politik haben könnten und nach außen nicht zu einer nationalen, aus den besonderen Verhältnissen hervorgehenden Stimmungspolitik der Polen gedrängt würden. Die Wehrfähigkeit, die finanzielle Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Absatzfähigkeit von Oesterreich dürfen durch die staatsrechtliche Veränderung in Galizien nicht leiden. Der Unterbau muß fest sein, damit das Gebäude nicht zusammenstürze."

Wenn von der neuen staatsrechtlichen Konstruktion verlangt wird, daß sie eine erträgliche innere Politik in Oesterreich verbürge, bezieht sich das offenbar auf den Wunsch der Deutschen, durch Ausschließung der Polen die Mehrheit gegenüber den Tschechen und Slovenen im engeren österreichischen Reichsrat zu gewinnen. Wenn aber auf der anderen Seite ein inniger wirtschaftlicher, verwaltungsrechtlicher, militärischer und politischer Zusammenschluß gewünscht wird, so wird sich diese Ansicht kaum ohne die Bildung eines weiteren Reichsrats erreichen lassen.

Die Ungarn verlangen als Gegenleistung für die innige Verschmelzung Polens mit Oesterreich einen Entgelt im Südosten: Bosnien und die Herzegowina, womöglich aber auch das österreichische Kronland Dalmatien sollen an den ungarischen Staat in ähnlicher Weise angeschlossen werden, wie es Kroatien und Slavonien schon sind. Die bisherigen Reichslande würden im ungarischen Abgeordnetenhause durch etwa 30 Abgeordnete vertreten sein. Es kann für sicher gehalten werden, daß eine solche Lösung die Südslawen nicht befriedigen würde.

Aus allem geht eins hervor: Es handelt sich nicht mehr um die polnische und südslawische Frage. Das österreichische Problem ist in seiner ganzen Breite und Tiefe aufgerollt.

Die Kämpfe im Westen.

Douai in Flammen.

Berlin, 6. September. (WTB) Nach der Zurückverlegung unserer Stellung vom 2. zum 3. September haben Großkämpfe nicht mehr stattgefunden. Nachdem der Feind lange nichts mehr bemerkt hatte und immer noch auf unser alten Stellungen schoß, fühlte er erst zögernd, lange nach Beendigung unserer Bewegungen, durch Patrouillen, denen Tanks beigegeben waren, gegen unsere zurückgebliebenen Nachhuten vor. In den einspringenden Winkel bei Arlaeux wagte er sich noch nicht hinein. — Erst am 4. nachmittags fanden hartnäckige Kämpfe bei Juchy und Moeuvres statt. — Der starke Verkehr auf den Straßen, die Schanzarbeiten der Engländer in unseren alten Gräben bei Arlaeux und westlich Socourt—St. Quentin wurden von unserer Artillerie wirksam unter Feuer genommen.

Allmählich erst wird das Störungsfeuer des Gegners stärker. Dagegen setzte er die sinnlose Zerstörung von Douai durch Granaten mittleren und schwersten Kalibers fort. So wurde gestern durch einen Volltreffer das schöne Theater vernichtet; der Westteil der Stadt steht in Flammen. — Cambrai wurde durch Bombenabwürfe schwer heimgesucht; viele Einwohner wurden wiederum getötet und verwundet. Ein feindliches Bombengeschwader von 7 Flugzeugen kreiste am 4. gegen 11 Uhr vormittags über Valenciennes, als es überraschend von unseren Kampffliegern angegriffen wurde. Sie warfen darauf wahllos in das Innere der Stadt ihre Bomben ab. Das Portal der St. Peterskirche wurde getroffen. Von diesen 7 Flugzeugen wurden zwei noch über Valenciennes und weitere drei auf dm Rückwege bei Denain abgeschossen.

Englischer Heeresbericht vom 6. September nachmittags. Gestern fand nördlich der Lys ein scharfer Kampf statt. Morgens griffen unsere Truppen die Höhe 63 südwestlich von Messines an, nahmen dieselbe und machten über hundert Gefangene. Nachmittags griffen wir das Dorf Ploegsteert an, eroberten es, machten weitere hundert Gefangene und erbeuteten eine Anzahl Maschinengewehre. Nördlich der Höhe 63 waren unsere Truppen andauernd im Wytschaete-Abschnitt tätig, wo der Feind wiederholt, aber erfolglos angriff. An der Lys-Front halten unsere Truppen jetzt die Hauptlinie Voormezeele—Wulvergham—Ploegsteert—Nieppe—Laventie—Givenchy. Südlich von Neuve Chapelle bis Givenchy gewannen wir die alte, früher am 9. April von uns gehaltene Linie wieder und besetzten östlich von Givenchy Teile der alten deutschen Stellungen. An der südlichen Front griff der Feind gestern abend unsere neuen Stellungen bei Inchy-en-Artois heftig an, wurde aber nach hartem Kampf abgewiesen. Wir verbesserten unsere Stellung südlich von Moeuvres und östlich von Hermies und nahmen Neuville-Bourjonval. Ein feindlicher Gegenangriff wurde gestern abend östlich von Manancourt abgewiesen. Auch in der Nähe von Péronne fand ein Gefecht statt, unsere Linie wurde leicht verbessert. Während der letzten vier Tage machten die englischen Truppen über 16 000 Gefangene und erbeuteten über hundert Geschütze.

Französischer Bericht vom 5. September abends. Im Laufe des Tages setzten unsere Truppen die Verfolgung des auf dem Rückzuge befindlichen Feindes an der Front des Nordkanals und des Vesle fort und machten trotz des örtlichen Widerstandes, dem sie an manchen Punkten begegneten, bedeutenden Fortschritt. Am Ufer des Nordkanals und der Somme halten wir Falvy und Offoy. Südlich nähern sich unsere Linien der Straße nach Ham, die wir von Le Plessis—Patte d'Oie bis Berlancourt besetzt halten. Südöstlich dieses Dorfes geht unsere Front über Guivry, Caillouel, Orepigny, nördlich von Marfet Dampocourt und die Wälder und die Ränder südlich von Abbecourt. An einigen Punkten beträgt unserer Fortschritt etwa 6 Kilometer. Auf der ganzen Front der Ailette begann der Feind, der durch die Kämpfe, die sich seit dem 20. August abgespielt haben, erschöpft ist, heute gegen 3 Uhr vor unseren Truppeyn zu weichen. Auf der Verfolgung der deutschen Nachhuten haben unsere Einheiten nördlich der Ailette rasche Fortschritte gemacht. Pierremande und Autreville sind in unserem Besitz, ebenso ein großer Teil des Waldes von Coucy. Weiter östlich besetzten wir Folembray, Coucy le Chateau, Coucy la Ville und machten Fortschritte bis etwa ein Kilometer südlich von Fresnes. Auf dem rechten Flügel geht unsere Front über den Ostteil von Landricourt, südlich der Ailette halten wir die Linie Neuvillet-sur-Margival, Vregny und die Abhänge westlich vom Fort Conde. Mehr als 30 Dörfer sind im Laufe des Tages auf diesem Teile der Front zurückgenommen worden. Nördlich des Vesle halten wir die Aisne zwischen Conde und Vigil Arcy. Unsere Linie geht nördlich von Dhuizel, Barbonval und über die Hochfläche der Ferme Beauregard.

Bahnbau in Kurland und Litauen. Kowno, 6. September. In umfassender Weise wird nach Abschluß der erforderlichen Vorarbeiten vom kommenden Frühjahr an daran gegangen werden, Kurland und Litauen durch Bahnbauten wirtschaftlich zu erschließen. Folgende bisher eingleisige Bahnen werden, wie die „Baltisch-Litauischen Mitteilungen" erfahren, zweigleisig ausgebaut: Schaulen—Mitau, Radziwiliskki—Illewke—Kalkuhnen, Murawjewo—Mitau. Gänzlich neu werden folgende eingleisige Strecken gebaut: Kugeleit—Murawjewo—Stenden—Domesnäs, Memel—Telsche—Schaulen, Alt-Autz—Neuenburg—Tukkum, Telsche—Kellimiang—Deteki oder Leomewe und Hafenpel—Goldingen—Wahnen—Tukkum.

Der Fortschrittskandidat für Berlin I.

Geh. Justizrat Kempner.

Die Aufstellung des Geheimen Justizrats Maximilian Kempner zum fortschrittlichen Reichstagskandidaten für Berlin I, die am letzten Donnerstag in einer erweiterten Vorstandssitzung der fortschrittlichen Organisation dieses Kreises erfolgt ist, bietet der Welt eine artige Ueberraschung. Geheimrat Kempner ist ein in Berlin sehr bekannter und angesehener Jurist, aber als politische Persönlichkeit ist er bis jetzt, d. h. bis zu seinem 65. Lebensjahr, nicht hervorgetreten. Eine fortschrittliche Lokalkorrespondenz erinnert daran, daß Geheimrat Kempner Sekretär des ehemaligen Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck gewesen ist, aber das ist schon ziemlich lange her. Es scheint fast, daß man sich in der Fortschrittlichen Volkspartei, da man sich auf einen politischen Kandidaten nicht einigen konnte, auf einen unpoplitischen verständigt hat. Die fortschrittliche Presse Berlins, die bisher einheitlich gegen Cassel und für Dernburg Stellung genommen hat, scheint sich bei diesem Ausweg beruhigen zu wollen.

Nach dem „Gothaer Generalanzeiger" sollen die Unabhängigen beabsichtigen, Richard Müller als Zählkandidaten aufzustellen. Von anderer Seite wird der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann genannt.

Die Vaterlandspartei an der Front.

Reichstagsmehrheit und Kriegslage.

Nach Mitteilungen, die uns aus dem Felde zugehen, werden dort immer noch Flugschriften der Vaterlandspartei eifrig verbreitet. In einem uns besonders mitgeteilten Fall erfolgte die Verteilung am letzten Sonntag auf einem Kirchplatz kurz vor dem Gottesdienst. Eine dieser Schriften ist von C. Scholz-Hamburg verfaßt und von Bürenstein in Berlin gedruckt. Sie führt aus, daß man auf keinen Fall nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion handeln dürfe, das wäre „nicht nur völkischer Selbstmord, sondern sogar Vaterlandsverrat". Der Beschluß des Reichstages dürfe auf keinen Fall ausgeführt werden. Insbesondere sei von den Gegnern eine kräftige Kriegsentschädigung zu verlangen.

In einer anderen Schrift, die im allgemeinen nur ein Auszug aus der ersten ist, heißt es:

> Nachdem die Kriegslage Deutschlands jetzt so vorzüglich ist, wie nur wenige sie vor einigen Monaten zu erhoffen wagten, kommt der Beschluß der Reichstagsmehrheit überhaupt nicht mehr in Frage.

Die Reichstagsmehrheit hat monatelang vergeblich dagegen protestiert, daß sie durch alldeutsche Flugschriften an der Front herabgesetzt und verleumdet wird. Vielleicht erkennt man aber jetzt doch, an allen maßgebenden Stellen, daß die weitere Verbreitung solcher Schriften nicht zeitgemäß ist.

Zucker für den Sekt.

Sektkellereien als kriegswichtige Betriebe.

Der Zucker ist knapp und knapper geworden. Im fünften Kriegsjahre wird er von besonderer Wichtigkeit werden, weil es infolge der schlechten Obsternte an Marmelade fehlen wird und deshalb möglichst viel Zucker für die Herstellung von Kunsthonig verwendet werden soll. Es ist daher nicht recht begreiflich, weshalb noch immer viele Millionen Kilo Zucker für ziemlich nutzlose, jedenfalls aber entbehrliche Erzeugnisse verwendet werden dürfen. Groß ist zum Beispiel der Zuckerbedarf der Konditoreien für teure Kuchen, die kaum noch diesen Namen verdienen. Die Stadt Köln hatte vor längerer Zeit schon den Konditoren die 20 000 Pfund monatlich entzogen. Die Konditoren setzten aber bei der Zentralstelle in Berlin die Wiederbelieferung mit Zucker durch. Nun erfährt man, daß auch den Sektkellereien, die sich bisher mit Sacharin behelfen mußten, Zucker zur Verfügung gestellt wird. So schreibt die Firma Henckell u. Cie in Wiesbaden an einen Kunden:

> Als eine Folge des mit der Ukraine abgeschlossenen Friedens ist es gelungen, aus jenem Lande eine größere Menge Zucker nach Deutschland einzuführen — er kostet allerdings ein Vielfaches des deutschen Zuckerpreises — und unsere Regierung hat daraufhin die Verwendung von Zucker zur Süßung des Schaumweines in beschränktem Umfange freigegeben. . . .

Der Sekt muß den Kriegsgewinnern erhalten bleiben, und man darf diesen wertvollen Zeitgenossen nicht zumuten, künstlich gesüßten Schaumwein zu genießen. Man erinnert sich, daß schon im vorigen Jahre das Generalkommando in Koblenz die Sektkellereien zu „kriegswichtigen" Betrieben erklärt hat.

Die ausreichende Versorgung unserer Kinder mit Brotaufstrich und Zucker scheint weniger kriegswichtig zu sein.

Mietertrutz!

Von Georg Davidsohn.

An Bundesrats-Bekanntmachungen und -Anordnungen nebst den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen „zum Schutze der Mieter" fehlt es keineswegs. Auch nicht an Einigungsämtern, Kammern und wie die Spruchorgane sonst heißen mögen, die man ins Leben und Treiben dieses Krieges hineingesetzt hat, auf daß sie scheiden zwischen recht und unrecht. Sogar „Heizungs-Schiedsstellen" wurden geschaffen, damit wenigstens in der Theorie die Herrschaften, die in Häusern mit Zentralheizung wohnen, nicht zu frieren brauchen. . . .

Nichtsdestoweniger sieht es im Reiche sehr bös aus mit dem „Mieterschutz", da der ganzen Grund- und Anlage nach die Mieterschützerei allen üblen Kriegserfahrungen zum Trotz noch immer viel zu sehr nach der Seite des — Wirteschutzes aufgebaut ist als nach der anderen. Der „Vorwärts" hat schon des öfteren auf diese und sonstige Verkehrtheiten hingewiesen, es kann aber wohl nicht schaden, wenn das Wesentliche noch einmal herausgeschält wird:

Es gibt unendlich viele Wirte, die systematisch drauflossteigern und (zumal in Arbeitervierteln) ganze Straßenzüge alljährlich beunruhigen. Das setzt Hunderte von Menschen, Kriegerfrauen, Mitglieder von Einigungsämtern, Kommunalbeamte usw., in Bewegung und schafft unaufhörlich einen Haufen unproduktivster Arbeit. Neben den unzähligen Bestimmungen zum Schutze der Mieter fehlt eben eine, die den Herren Wirten die Mietsteigerung von einem bestimmten Prozentsatz an verbietet, wenn sie nicht dafür vorher die Erlaubnis des Mieteinigungsamts angerufen haben. Andernfalls würde die Steigerung einfach als ungültig und rechtsunwirksam anzusehen sein. Damit wäre viel unnütze Arbeit aus der Welt geschafft.

Des ferneren wäre folgende Entlastung der Mieteinigungsämter möglich:

Es könnten für die einzelnen Kommunen oder Kommunalverbände Normen der Mietsteigerung geschaffen werden: je nach Stadtviertel, Zimmerzahl, Mietpreis, Komfort der betreffenden Wohnungen (Wasserversorgung, Beleuchtungsart, Heizungsverhältnisse, Bademöglichkeit, Fahrstuhl usw.). Kein Mensch verkennt, daß ein Teil der Wirte nicht auf Rosen gebettet ist. Aber diejenigen, denen der Krieg schon die größten Vorteile gebracht hat, müssen verhindert werden (vom Anstand und von Freiwilligkeit ist nach wie vor nichts zu erwarten), aus der Not des Krieges übermäßige Bereicherung, unmoralischen Gewinn herauszuschlagen. Haben wir doch in Berlin erlebt, daß Hauseigentümer, denen nachgewiesen werden konnte, daß ihre Mehrkosten knapp 10 Proz. betrugen, durchgängig alle kleinen und kleinsten Mieter einschließlich der Kriegerfamilien, um 33⅓ Proz. steigerten!

Nun sind ja einige der besten Mieteinigungsämter dazu übergegangen, von den steigernden Wirten die Kalkulationen und Rechnungen über deren Unkosten, Reparaturen usw. einzufordern. Dabei sind die ärgsten Betrugsversuche herausgekommen, ohne daß eine Möglichkeit vorliegt, dagegen mit der gebotenen Schärfe vorzugehen. Warum nun (so muß man fragen) wird diese Handhabe nicht geschaffen? Gewiß: der Bundesrat ist stark beschäftigt; er muß Tag und Nacht soviel Verordnungen kleinster und kleinlichster Art schaffen, daß ihm sehr wenig Zeit bleibt, großzügige Arbeit zu leisten.

Die Forderungen der Hausbesitzer dürfen u. a. schon deshalb nicht über einen Leisten geschlagen werden, weil der Krieg noch mehr als die „normale" kapitalistische Zeit die Verhältnisse zwischen Klein und Groß, zwischen zahlungskräftigen und finanzschwachen Elementen grundverschieden gemacht hat. Wirte, die „schwach auf den Füßen" sind, haben in der Tat größere Schwierigkeiten als sonst, wenn sie etwa neue Hypotheken aufnehmen oder Hypothekenkündigungen durch Bewilligung höherer Zinssätze abwenden müssen. Dagegen sind für kapital- oder kreditgesegnete Besitzer die Verhältnisse besser als je. Kommen sie zu den Banken, mit denen sie arbeiten, und bringen Geld, so sagt man ihnen: nehmt doch lieber Geld von uns, denn wir wissen nicht, wohin mit all dem „Segen"! Kurz und gut: es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Dinge immer weiter so laufen zu lassen, daß auch denen, die in Hülle und Fülle haben, immer mehr und mehr Kriegsgewinn in dieser oder jener Form zugeleitet wird.

Den Hausbesitzern kommt neben all dem andern noch eins vielfach zugute:

Einem nicht geringen Teil der Herren Amtsrichter will es nicht beifallen, sich gerade mit der Materie des Kriegsmietrechts eingehend zu beschäftigen. Nur so ist es zu erklären, daß geradezu haarsträubende Urteile zustandekommen. So wird entgegen allbekannten Kriegsverordnungen des Bundesrats gegen Kriegerfrauen auf Exmission erkannt, wird widerrechtlich Vollstreckung des Urteils verfügt und sonst dergleichen Unfug angerichtet, der bei der Rechtsunkenntnis der Mehrzahl unserer Frauen meist nicht mehr gutzumachen ist, vielfach schon deshalb nicht, weil sie keinen Rechtsbeistand bezahlen können, während den Wirten die Anwälte ihrer Vereinigungen zur Verfügung stehen.

Gegen diese Rechtsversehen der Gerichte muß endlich schärfer angegangen werden; denn ohnedies hat der Krieg das Rechtsgefühl in Deutschland zur Genüge erschüttert. Allerdings ist dieser Wunsch leichter zum Ausdruck gebracht als erfüllt angesichts der Unabhängigkeit, der sich der deutsche Richter wenigstens nach dem Buchstaben des Gesetzes erfreut. Indessen es würde wohl genügen, wenn es gelänge, die allerbreiteste Oeffentlichkeit endlich einmal auf diese üblen Mißstände aufmerksam zu machen, die bisher viel zu wenig beachtet werden.

Die unbeschränkte Machtvollkommenheit der Militärgewalt, zumal der stellvertretenden Generalkommandos, im Zeitalter des Preßknebels und Belagerungszustandes hat sich gewiß nirgends in Deutschland Freunde erworben. Und doch muß zugestanden werden, daß gerade auf dem Gebiete des Mieterschutzes die Militärgewalt in diesem Kriege allerlei Gutes geschaffen hat. So ist es in einer Reihe von Korpsbereichen schon längere Zeit unmöglich gemacht, daß eine Kriegerfrau (wie es in Berlin noch immer möglich ist) wegen ihrer großen Kinderzahl aus der Wohnung bugsiert wird, daß Mietsteigerungen ohne vorherige Anrufung des zuständigen Amts vorgenommen werden, usw.

Man soll das Gute nehmen, woher mans bekommen kann, auch von Generalkommandos, und man soll es bestens vom Militärischen ins Zivile übersetzen. Also schaffe der Bundesrat, noch besser der Reichstag, unter Benutzung aller Erfahrungen so schnell wie möglich statt der Verordnungen und Bekanntmachungen Gesetze zum Schutze der Mieter. Wirte, die Unkenntnis oder Notlage der Kriegerfrauen ausbeuten, müssen gefaßt werden wie Wucherer und Erpresser. Fallstrickparagraphen in raffiniert ausgeklügelten Mietverträgen (Berlin) müssen als unter die Bestimmungen zum Verstoß wider die guten Sitten fallend erklärt werden. Und was sich sonst noch an Unmoralität im Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter eingeschlichen hat, das muß auf dem Wege einer modernen großzügigen, nach beiden Seiten gerechten Gesetzgebung umgebildet werden.

Noch immer kommen Kündigungen zu anderen als den ortsüblichen Terminen und damit schwere Schädigungen der ohnedies genug geschädigten ärmeren Familien vor. Noch immer hört man von wortbrüchigen Hausbesitzern oder -verwaltern, die hinterrücks Mietnachlässe, die sie vor dem Einigungsamt gewährt haben, unter Umgehung des Amtes kraft eigenen Rechtes wieder umstoßen; ja — es fehlt nicht an Fällen, wo in der Zeit des laufenden Kontrakts entgegen solchen Nachlässen noch Mietsteigerungen erzwungen worden sind! Noch immer hört man auch von Vorkommnissen der Art, daß Kriegerfrauen listig überredet werden, den kommunalen Einigungsstellen von derartigen unzulässigen Abmachungen keine Mitteilung zu geben, ohne daß im Falle des Ruchbarwerdens eine angemessene Strafe (und in so krassen Fällen müßte sie sehr schwer sein) zu erzielen ist. Von allen Großstädten her hört man sogar wieder, daß in dieser Zeit allerärgster Wohnungsnot schlaue Hausbesitzer, die sich den Luxus leisten können, Wohnungen lieber leer stehen lassen, als daß sie sie an kinderreiche Kriegsteilnehmerfamilien vermieten. Genau wie wirs im Frieden erlebten, daß spekulative Hausbesitzer oft lange Zeit hindurch ganze Stockwerke nicht vermieteten, wenn sie nicht eine übermäßige Miete herausschlagen konnten, weil sie sich nicht die Aussicht verderben wollten, beim Weiterverkauf des Grundstücks dem Käufer Phantasiepreise als Mietertrag aus dem Gebäude auftischen zu können.

Noch immer stehen unzählige bedauernswerte Frauen den Wirten, deren Mietkontrakten, Organisationen, Anwälten und den Richtern im Termine allein und schutz- und wehrlos gegenüber. Selbst wenn dereinst Millionen Männer, die jetzt noch draußen stehen, heimgekehrt sein werden, wird sich an diesem Bilde wenig ändern, wenn nicht schleunigst auf der einen Seite die Gesetzgebung, auf der anderen die Selbsthilfe in energische Wirksamkeit tritt. Ob die bestehenden Organisationen des Proletariats zu ihren sonstigen wichtigen und schwierigen Aufgaben auch noch diese hinzunehmen wollen, oder ob dafür eine besondere proletarische Vereinigung geschaffen werden soll, das wäre zu überlegen. Jedenfalls muß etwas Durchgreifendes geschehen. Und das so bald wie nur irgend möglich.

Groß-Berlin

Die Wahlreform.

Man schleppt sie fast ein Jahr lang schon
Von Kommission zu Kommission,
Zum Plenum diese dann erweiternd:
Die Sache wirkt zunächst erheiternd.

Besonders neckisch nimmt sich's aus,
Schiebt sie ein Haus ins andre Haus.
Nur — das verursacht leichte Trübung —
Niemand erkennt den Zweck der Uebung.

Denn diese Wahrheit gilt nun mal:
Daß Pfuscher, auch in Ueberzahl
Schlechtes in Gutes nie verwandeln,
Doch auch das Gute noch verschandeln.

Wer zwecks Verschönerung sein Porträt
Zum Schneider trüge, den Portier
Verbessern ließe Rembrandts Werke,
Beläme Freifahrt nach Herzberge.

Doch die Regierung, die da glaubt,
Zwei Parlamente eingestaubt,
Dies Herrenhaus aus Noahs Zeiten,
Um das schon die Museen streiten,

Dazu ein Geldsackparlament,
Wie man's nicht mal in China kennt, —
Die glaubt, daß diese Rumpelkammern,
Die heute jeden Hund schon jammern,

Daß diese, ausgerechnet die,
Dem Volke die Demokratie
Bescheren werden, — die Regierung
Hat ganz zu recht bei uns die Führung!

Eirick Raudt.

Die Fettstelle gegen die Milch- und Butterpreiserhöhung.

Die Fettstelle Groß-Berlin schreibt uns:

Der Fettstelle Groß-Berlin ist nichts davon bekannt geworden, daß der jüngsten Preiserhöhung noch eine weitere folgen solle. In den Ausführungen Ihres Blattes wird weiterhin eine Belastung der Butter- und Margarinepreise zugunsten der Niedrighaltung der Milchpreise bekämpft, und es heißt hier, daß man in Groß-Berlin zuerst auf diese Art der Preisfestsetzung verfallen sei. Hierzu darf hervorgehoben werden, daß gerade die Fettstelle Groß-Berlin immer wieder vor einer stets weiter schreitenden Erhöhung der Milchpreise gewarnt hat, und daß sie es insbesondere gewesen ist, die den Gedanken des Produktionsanreizes durch immer weitergehende Steigerung der Preise bekämpft hat. Beobachtungen der großstädtischen Bevölkerung haben ergeben, daß Milchkarten und Milch von den Bezugsberechtigten, die sich zur Bezahlung der hohen Preise außerstande fühlen, als Handelsobjekt benutzt werden. Wird die Milch aber nicht denen, für die sie bestimmt ist, den Kindern und Kranken, tatsächlich zugeführt, so kann das für eine Bevölkerung, deren Vermehrung und Erhaltung in den jetzigen Zeiten von besonderer Bedeutung ist, die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen. Eine Erhöhung des Milchpreises macht sich ja dem Betroffenen besonders fühlbar. Wird etwa der Literpreis um 10 Pf. erhöht, so würde eine Frau mit einem einjährigen Kinde eine wöchentliche Mehrbelastung von 70 Pf., eine Frau mit einem dreijährigen Kinde eine solche von 52 Pf. zu tragen haben. Wenn daher früher der Gedanke aufgetaucht ist, man solle durch Zuschläge zum Butterpreis den Milchpreis entlasten, so hat die Fettstelle Groß-Berlin geglaubt, sich dem nicht entziehen zu dürfen. Aber es geschah dies lediglich vom Standpunkt des kleineren Uebels, wenn einmal die Milchpreiserhöhung nicht abgewehrt werden konnte. Die Fettstelle Groß-Berlin hat aber niemals verkannt, daß man nun nicht etwa von dem Mittel, den Butterpreis zugunsten der Milch zu belasten, beliebigen Gebrauch machen könne. Es erscheint keineswegs angängig, sich auf eine immer weitere Milchpreiserhöhung einzustellen in dem ruhigen Bewußtsein, daß ja diese Erhöhung auf den Fettpreis geschlagen werden könne. Auf diesem Wege würde man zu ungeheuren Butterpreisen gelangen, da ja eine Erhöhung des Milchpreises ohnehin den Preis der Butter als Milchprodukt in die Höhe treibt. Eine Uebertreibung des Ausgleichsgedankens birgt auch die Gefahr in sich, daß die Empfindung für die Bedeutung der Milchpreiserhöhungen abgestumpft wird, indem verkannt wird, daß die Bevölkerung doch, wenn auch an anderer Stelle, die Last einer solchen Erhöhung zu tragen hat.

*

Vom Kriegsernährungsamt wird uns geschrieben: „Der „Vorwärts" Nr. 244 vom 5. d. M. veröffentlichte unter der Ueberschrift „Eine neue Preissteigerung für Milch und Butter" die Mitteilung, daß die Reichsstelle für Speisefette die jetzigen Milch- und Butterpreise um ein Drittel zu erhöhen beabsichtige. Diese Mitteilungen sind in dieser Form nicht richtig. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Reichsstelle für Speisefette gar nicht befugt, Höchstpreise für Milch oder Butter festzusetzen. Diese Befugnis haben vielmehr in Preußen die Oberpräsidenten bzw. Regierungspräsidenten und in anderen Bundesstaaten entsprechende Behörden oder die Landeszentralbehörden. Wenn diese für die Preisfestsetzung zuständigen und verantwortlichen Stellen jetzt bei Beginn des 5. Kriegswinters eine Nachprüfung der bisher bestehenden Preise daraufhin, ob sie gegenüber den Kosten der Erzeugung und Lieferung angemessen sind, eintreten lassen, so handeln sie damit vor allem im Interesse der möglichsten Sicherstellung der Milch- und Butterversorgung der verbrauchenden Bevölkerung. Sowohl der Reichstag wie das Abgeordnetenhaus haben auf Grund der Verhandlungen der Ernährungsausschüsse beider Parlamente Beschlüsse dahingehend gefaßt, daß eine solche Prüfung erneut stattzufinden habe und die sich aus ihr ergebenden Folgerungen zu ziehen seien. Die Festsetzung der beiden Preise von Milch und damit auch für die Erzeugnisse aus Milch, wie Butter, Käse usw., von einer Zentralstelle aus einheitlich für das ganze Reich oder für ganz Preußen ist ein Unding, da die Verhältnisse, welche die Preise bedingen, in den einzelnen Gegenden viel zu verschieden liegen.

Es ergibt sich hieraus, daß die in Ihrem geschätzten Blatte geäußerte Befürchtung, von der Reichsstelle für Speisefette werde eine erneute Erhöhung der jüngst festgesetzten Milch- und Butterpreise für Groß-Berlin in Anregung gebracht, auf einem Irrtum beruht.

Die maßgebliche Verlautbarkeit für die Erhöhung der Milch- und Butterpreise in Berlin ist seitens der staatlichen Verteilungsstelle und des Magistrats von Berlin unter dem 11. August erlassen worden. Der Milchpreis wurde unter Abwälzung der Mehrkosten auf den Fettpreis von 46 auf 48 Pf. für das Liter erhöht. Eine neue Preiserhöhung kommt nicht in Frage."

Wir werden auf diese Mitteilung zurückkommen.

Auslegung der Wählerlisten im ersten Berliner Reichstagswahlkreis.

Die Wählerlisten für die Reichstagsersatzwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis werden vom 10. bis einschließlich 17. September an den Wochentagen von 9 bis 2 Uhr, am Sonntage von 10 bis 1 Uhr im Wahlbureau, Stralauer Str. 44/45 I — Zimmer 10 (Eingang I, Quergebäude rechts) zur Einsicht ausliegen.

Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten nach dem Wohnungsstande des letzten Drittels des Monats August dieses Jahres aufgestellt worden sind. Wer die Listen für unrichtig und unvollständig hält, kann dies binnen acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung, also bis spätestens am 17. September, schriftlich oder in der bezeichneten Auslegestelle zu Protokoll erklären, muß aber die Beweismittel für seine Behauptungen, soweit diese nicht auf allgemeiner Kenntnis beruhen, beibringen. Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste ist — abgesehen von sonst etwa erforderlichen Urkunden — entweder der Mietsvertrag, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung angegebene Wohnung vorzulegen.

Der Wahlkreis umfaßt die Wahlbezirke 1 bis 18 und 661 bis 668, welche gebildet sind aus den Stadtbezirken 1 bis 20, 283 bis 284 O und von Stadtbezirk 144: Kleine Kurstraße 9, Niederwallstraße 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a, mit Ausschluß von Alexanderstraße 18 (Stadtbezirk 8), Kleine Präsidentenstraße 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 (Stadtbezirk 5); ferner scheiden aus: Kurfürstenplatz, der nordwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Süden von der Charlottenburger Chaussee und im Westen vom Spreewege, Zeltenallee (Stadtbezirk 283), Bellevueufer, der nördlich der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Großen Stern und der neuen Weichbildgrenze belegene Teil des Tiergartens, einschließlich Schloß und Park Bellevue (Stadtbezirk 284A und B).

Altkleiderschmuggel der Pfandleiher.

Der Altkleiderhandel ist den Gemeinden übertragen, aber die Groß-Berliner Kleider-Verwertungs-Gesellschaft glaubt zu wissen, daß manche Pfandleiher ihn weiterbetreiben, indem sie die verfallenen Pfandstücke verkaufen. Sie hat durch ein eigenes Detektivbureau, das sie unterhält, bei Pfandleihern in drei Monaten 15 125 verfallene Pfandstücke beschlagnahmt, deren vorgeschriebene Ablieferung an die K. V. G. hintertrieben werden sollte. Die Beauftragten der K. V. G. bedienen sich dabei des Verfahrens, selber in Pfandleihgeschäfte zu gehen, sich als Kauflustige auszugeben und eine Anzahlung zu leisten, um dann zur Beschlagnahme der hinterzogenen Pfandstücke zu schreiten. Pfandleiher haben, wie die K. V. G. festgestellt hat, sich auch des Kniffes bedient, Darlehnsnehmern die Pfandscheine abzukaufen unter dem Vorgeben, die Sachen seien an die K. V. G. abgeliefert worden. Ein solcher Pfandschein wird dann von dem Pfandleiher teuer weiterverkauft, womit der Käufer das Recht erwirbt, das noch nicht verfallene Pfand einzulösen und ohne Bezugsschein in den Besitz eines Kleidungsstückes zu gelangen. Werden die verfallenen Pfänder vorschriftsmäßig an die K. V. G. abgeliefert, so zahlt diese jetzt einen Preis, der weit über die oft bis in die Friedenszeit zurückreichende Beleihung hinausgeht. Der Ueberschuß des Erlöses über den Betrag des Darlehns und der Zinsen muß ein Jahr lang für den Darlehnsnehmer bereitgehalten werden, der einen Anspruch auf Auszahlung hat. Was nicht zurückgefordert wird, verfällt der Armenverwaltung. Es handelt sich dabei um jetzt sehr hohe Beträge, die auf diese Weise den Darlehnsnehmern verloren gehen. Dringend ist zu raten, daß alle, die Anspruch auf Erlösüberschüsse haben, ihre Rechte geltend machen. Das entspricht, wie wir hören, auch den Wünschen der Armenverwaltungen in den Groß-Berliner Gemeinden.

Vom Gesundheitszustand der Schulkinder.

Die Berichte über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte sind nach längerer Pause wiederaufgenommen worden. Erschienen ist jetzt der Bericht aus dem nun schon wieder weit hin-

ter uns liegenden Schuljahr 1916/17, der diesmal vom Medizinalamt der Stadt durch Prof. Grotjahn bearbeitet worden ist. Infolge der militärischen Beanspruchung vieler Schulärzte sind aus den 50 Schularztbezirken nur 40 Einzelberichte eingegangen, so daß eine Vergleichung mit den früheren Jahren schwer möglich ist. Wer von diesem ersten in die Kriegszeit fallenden Bericht eine ungünstige Schilderung des Gesundheitszustandes der Berliner Gemeindeschulkinder befürchtet hatte, der wird nicht wenig überrascht sein. Die Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen sind so, daß man sie anders auch in Friedenszeiten kaum erwarten würde.

Die 40 berichtenden Schulärzte untersuchten 25 746 Schulanfänger, das macht durchschnittlich für jeden Arzt die beträchtliche Zahl von 644 Untersuchten. Daß bei solcher Ueberlastung der Schulärzte die Untersuchung nicht sehr gründlich sein kann, versteht sich von selber und kann doch nicht oft genug gesagt werden. Wegen körperlicher oder geistiger Schulunfähigkeit wurden 2057 Kinder zurückgestellt, 8 vom Hundert. Daran waren hauptsächlich beteiligt: ungenügender Kräftezustand (Blutarmut) mit 828, Rhachitis mit 168, Skrofulose mit 99, Lungentuberkulose mit 81, sonstige Lungenleiden mit 76, Herzleiden mit 45, Nervenleiden mit 100, Sprachstörungen mit 118, geistige Minderwertigkeit mit 212 Idiotie mit 75 usw. Unter den eingeschulten Kindern waren 4647, die in ärztliche Ueberwachung genommen wurden, hauptsächlich wegen folgender Mängel: ungenügender Kräftezustand (Blutarmut) 816, Rhachitis 276, Skrofulose 299, Lungentuberkulose 90, sonstige Lungenleiden 112, Herzleiden 304, Nervenleiden 198, Sprachstörungen 302, geistige Minderwertigkeit 156 usw.; ferner in großer Zahl wegen folgender Mängel (bei denen Zurückstellung nur selten angeordnet wurde): Nasen- und Rachenleiden 454, Augenleiden 387, Ohrenleiden 278, Hautkrankheiten 183, Wirbelsäulenverkrümmungen 245, Bruchschäden 353 usw. Zusammen mit den schon früher in Ueberwachung genommenen Kindern waren im ganzen 30 898 Kinder in Ueberwachung, davon allein 4835 wegen ungenügenden Kräftezustandes.

Ueber den Einfluß der Ernährungsschwierigkeiten dieser Kriegszeit auf den Gesundheitszustand der Schulkinder wurden auf Anordnung der Schuldeputation dreimalige Ermittelungen durch die Rektoren angestellt. Es waren im Oktober 1916 von 431 Berichten 281 günstig, 46 unbestimmt, 104 ungünstig, im Januar 1917 von 380 Berichten 164 günstig, 35 unbestimmt, 131 ungünstig, im April 1917 von 317 Berichten 157 günstig, 40 unbestimmt, 120 ungünstig. Günstig lauteten bei der ersten Ermittelung nur noch die Hälfte der von den Rektoren erstatteten Berichte. Die Ergebnisse dieser drei Umfragen werden dahin zusammengefaßt: „Die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen die Bevölkerung der Stadt Berlin im dritten Kriegswinter zu leiden hatte, sind zwar an dem Gesundheitszustand der Berliner Schulkinder nicht spurlos vorübergegangen, aber einen erheblichen, kommunale Abhilfsmaßnahmen erfordernden Umfang hat diese Beeinträchtigung auch dort, wo sie beobachtet worden ist, nicht angenommen." Bei einer ähnlichen, im Herbst 1916 unter den Schulärzten veranstalteten Umfrage, die nicht vollständig beantwortet wurde, sollte festgestellt werden, ob die Krankheiten der in die Sprechstunde kommenden Kinder mit der Kriegsernährung zusammenhängen. 27 Aerzte antworteten mit nein, während 8 einen solchen Zusammenhang wenigstens für das Jahr 1916 als wahrscheinlich bezeichneten, wobei sie aber von ernsten Gesundheitsstörungen infolge Unterernährung nichts meldeten.

Wir vermuten, daß bei den verhältnismäßig „günstigen" Ergebnissen der schulärztlichen Untersuchungen auch die Ueberlastung der Schulärzte mitspricht. Schon in Friedenszeiten konnten sie nicht sehr gründlich untersuchen, weil jeder Arzt durchschnittlich sechs Schulen zu versorgen hatte. In der Kriegszeit ist dazu noch die allgemeine Ueberlastung der Aerzte gekommen. Ueberdies dürfte der Maßstab, den die Aerzte bei der Beurteilung des Gesundheitszustandes der Gemeindeschulkinder anlegen, sich im Laufe des Krieges geändert haben. Wir alle haben unsere Ansprüche an den Ernährungs- und Gesundheitszustand ermäßigen müssen, und auch die Aerzte werden, bewußt oder unbewußt, dieser Wandlung der Anschauungen ihr Urteil angepaßt haben.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt groß „L" der Berliner Bezugskarte gelangt ¼ Pfund Salzheringe zum Verkauf. Die Abschnitte müssen in der Zeit vom 7. bis 11. September in den durch Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften abgegeben werden. Als Quittung dient der Abschnitt klein „l".

Der Magistrat bittet darauf hinzuweisen, daß die neue Kundenliste für Kartoffeln mit Montag, den 9. September in Kraft tritt und die alten Kundenlisten an diesem Tage ihre Wirksamkeit verlieren, und weiter, daß die Kartoffelkleinhändler die neuen nachgeprüften Kundenlisten am Sonnabend, den 7. September pünktlich in ihrer Brotkommission in Empfang zu nehmen haben.

Vom 16. September ab erhalten Militärurlauber auf ihre Kartoffelkarten nur noch in besonders bekanntgegebenen Geschäften Kartoffeln. In denselben Geschäften können diejenigen, die nicht in einer Kundenliste für Kartoffeln eingetragen sind, die drei Pfund Kartoffeln, die als Ersatz in der zweiten fleischlosen Woche ausgegeben werden, bis Dienstag, den 10. September, einschließlich entnehmen.

Bis Mittwoch, den 11. September wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 129., 154. bis 159., 182., 186., 187., 189., 198., 218., 230. und 241. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse (Pommerschen Weichkäse Pfund 1,60 M. und Faustkäse Pfund 2,74 M.) verteilt.

Verbesserte Ruhegeld und Hinterbliebenenunterstützung der Arbeiter und Angestellten der Stadt Berlin.

Der Ausschuß zur Vorberatung des Antrages Barkowski u. Gen. (Soz. Fraktion), der eingesetzt war, um den Magistrat zu ersuchen, die Bestimmungen über Ruhegeld, insbesondere in bezug auf die Kriegsbeschädigten einer Aenderung zu unterziehen, tagte am letzten Dienstag. Ein dazu gestellter Antrag, den Arbeitern und Angestellten einen Rechtsanspruch auf die Ruhegelder zu geben, wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Die Unabhängigen hatten beantragt, daß auch derjenige Arbeiter und Angestellte, der auch nur einen Tag im Betrieb beschäftigt, im Falle der Kriegsbeschädigung einen Anspruch auf Ruhegeld haben sollte. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden Unabhängigen abgelehnt. Die Sozialdemokraten konnten nicht dafür stimmen, weil sonst die Annahme des ganzen Antrages gefährdet erschien; die Freisinnigen erklärten, daß dadurch eine ungeheure Belastung der Stadtkasse eintreten würde. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde dann einstimmig angenommen. Des weiteren soll der Stadtverordnetenversammlung empfohlen werden, folgenden Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen:

Ergänzungsbestimmungen zum Beamten-Pensionsgesetz und zum Gemeindebeschluß über Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung.

§ 1. Den im Dienste der Stadt beschäftigten Personen (Beamte, Arbeiter usw.), die infolge Kriegsbeschädigung dienstunfähig geworden sind, aber noch keinen Anspruch auf Ruhegeld haben, wird Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung gewährt auf Grund der nachfolgenden Bestimmungen:

§ 2. Voraussetzung zur Gewährung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenversorgung ist eine mindestens einjährige ununterbrochene Dienstzeit in einer städtischen Verwaltung vor der Einziehung zum Kriegsdienst.

§ 3. Das Ruhegeld beträgt: nach vollendetem 1., aber vor vollendetem 3. Dienstjahr 12 Sechzigstel, 4. Dienstjahr 13 Sechzigstel, 5. Dienstjahr 14 Sechzigstel, 6. Dienstjahr 15 Sechzigstel, 7. Dienstjahr 16 Sechzigstel, 8. Dienstjahr 17 Sechzigstel, 9. Dienstjahr 18 Sechzigstel, 10. Dienstjahr 19 Sechzigstel, weiter steigend nach den bereits bestehenden Bestimmungen.

§ 4. § 17 des Beamten-Pensionsgesetzes, betreffend erhöhte Anrechnung der Kriegszeit, findet sinngemäße Anwendung für Beamte und Arbeiter.

§ 5. Etwaige Kürzung des Ruhegeldes bei anderen Bezügen aus Mitteln des Reichs usw. treten nur ein, wenn § 10 des Gemeindebeschlusses erfüllt ist (Erreichung des Durchschnitts-Arbeitsverdienstes). Kriegs- und Verstümmelungszulagen kommen nicht in Anrechnung.

§ 6. Den Hinterbliebenen der im Kriegsdienst Gefallenen oder an den Folgen des Kriegsdienstes Gestorbenen wird Witwen- und Waisengeld nach den Bestimmungen des Gemeinde-Beamten-Gesetzes und des Gemeindebeschlusses vom 30. Oktober 1913 gewährt. Die Mindestrente für Witwen beträgt 240 M., das Waisengeld für Kinder 60 M.

(Sinngemäße Anwendung des § 7 des Gemeindebeschlusses.)

§ 7. Das Witwen- und Waisengeld wird bei Bezug anderer Militärrenten nicht gekürzt.

§ 8. Die in vorstehenden Bestimmungen enthaltenen Vergünstigungen finden auch für diejenigen Personen (Beamte und Arbeiter) sinngemäße Anwendung, die bereits 10 Jahre und länger im Dienste der Stadt beschäftigt sind.

§ 9. Die Zahlung der in diesen Ergänzungsbestimmungen vorgesehenen Renten findet rückwirkend ab 1. April 1918 statt."

Der Magistratsvertreter erklärte, daß bereits die Vorarbeiten zur Umänderung der Ruhegehaltsbestimmungen getroffen seien, und der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf der gewünschten Grundlage zugehen lassen wird.

Aufnahme einer 60-Millionen-Anleihe. In der letzten geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Magistratsvorlage über die Aufnahme einer Stadtanleihe in Höhe von 60 Millionen Mark für die Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke sowie den Bau der Großmarkthalle für Obst und Gemüse unverändert angenommenn. Mit der Wahl des Magistratsrats Dr. W. Alexander zum Direktor der städtischen Gaswerke erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Wichtig für Reisende nach Oesterreich-Ungarn. Für Reisen nach Oesterreich-Ungarn bedürfen alle Angehörigen anderer Staaten eines Sichtvermerks der k. u. k. Oesterreichisch-Ungarischen Vertretungsbehörde, in deren Amtssprengel ihr ordentlicher Wohnsitz belegen ist. Der Reisende hat diesen Antrag unter Vorlage eines vorschriftsmäßigen Reisepasses in der Regel persönlich vorzubringen. Jeder Antragsteller hat einen eigenen Fragebogen in zwei, bei Wirtschaftsreisen in drei Anfertigungen auszufüllen. Jeder Fragebogen muß ein Lichtbild des Reisenden erhalten und vollständig, besonders eingehend und eindeutig hinsichtlich des Reisezieles, des Reiseweges und des Reisezwecks ausgefüllt werden. Zur Vermeidung zeitraubender Erhebungen und Rückfragen sind genügende Belege zur Begründung des Reiseansuchens beizubringen.

Der Fragebogen geht zunächst an die Paßvisakommission des k. u. k. Ministerium des Aeußern in Wien. In besonders dringenden Fällen kann Drahtzustimmung dieser Stelle eingeholt werden. Von vorheriger Anfrage darf die Vertretungsbehörde absehen, wenn es aus besonderen Gründen — insbesondere bei amtlichen Reisen oder urkundlich nachgewiesener Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit der Reise — geboten ist.

Der Sichtvermerk wird auf 30 Tage berechnet, doch können auch Dauersichtvermerke erteilt werden. Hierfür ist aber stets die Zustimmung der Paßvisakommission in Wien erforderlich. Die Notwendigkeit der Reise ist nachzuweisen. Erlaubt sind Reisen für staatliche oder öffentliche wirtschaftliche Zwecke, sowie solche Reisen, bei denen gewichtige Pivatobliegen ernstlich zu berücksichtigen sind. Anträge für Vergnügungs- und Erholungsreisen, Reisen zum Besuch von Angehörigen und Bekannten, für die Mitnahme nicht unbedingt erforderlicher Begleiter und für alle Reisen, deren Notwendigkeit nicht glaubhaft dargelegt werden kann, haben keine Aussicht auf Genehmigung. Anträge für Uebersiedlungsreisen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Gefährliche Fahrgäste. Das Polizeipräsidium teilt mit: In letzter Zeit sind wieder zahlreiche begründete Klagen darüber laut geworden, daß ein großer Teil der weiblichen Fahrgäste auf der Hoch- und Untergrundbahn sowie in den Straßenbahnen ungesicherte Hutnadeln trägt. Ein solches Verhalten läßt leider einen bedenklichen Mangel an Rücksichtnahme auf die anderen Fahrgäste erkennen und kann, da es bei der jetzt fast stets vorhandenen Ueberfüllung der öffentlichen Verkehrsmittel eine große Gefahr bedeutet, nicht länger geduldet werden. Das Polizeipräsidium nimmt deshalb Veranlassung, die Polizeiverordnung, die das Tragen ungesicherter hervorstehender Hutnadeln verbietet, erneut in Erinnerung zu bringen. Zuwiderhandelnde haben künftighin — außer dem Ausschluß von der Fahrt — polizeiliche Feststellung und Bestrafung zu gewärtigen.

Ein Fall von Scheintod rief in der vorletzten Nacht im Westen große Aufregung hervor. In einem Pensionat war die Gattin eines Rechtsanwalts aus der Provinz abgestiegen, die aus unbekannten Gründen Gift nahm. Als man sie nach Mitternacht auffand, gab sie kein Lebenszeichen mehr von sich. Ein Arzt, der sofort gerufen wurde, stellte den Tod fest. Dieser wurde dann auch der Revierpolizei gemeldet. Sie beschlagnahmte die „Leiche" und ordnete ihre Ueberführung nach dem Schauhause an, um dort die Todesursache genauer feststellen zu lassen. Bald erschien dann auch der Wagen. Der Leichendiener jedoch glaubte noch Lebenszeichen zu erkennen und machte als Sachkundiger Wiederbelebungsversuche, die nach geraumer Zeit auch Erfolg hatten. Jetzt ließ man schnell einen Krankenwagen kommen, der die Wiederbelebte nach dem Krankenhause brachte. Die Aufregung im Hause war sehr groß. Auch in der Nachbarschaft sprach sich der Vorfall herum und gab zu allerlei falschen Gerüchten Veranlassung.

Tödliche Straßenbahnunfälle. Bei dem Versuch, einen Straßenbahnwagen während der Fahrt zu besteigen, ist Donnerstag der 73jährige Arbeiter Wilhelm Hirschall aus der Mathildenstr. 9 in Oberschöneweide ums Leben gekommen. Der Greis wollte, als er von der Arbeitsstelle kam, an der Treskowbrücke einen in der Richtung nach Cöpenick verkehrenden Straßenbahnwagen während der Fahrt besteigen, glitt vom Trittbrett ab und stürzte nieder. Der alte Mann geriet dabei unter den Beiwagen und würde überfahren. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde er nach dem Königin Elisabeth-Hospital geschafft, starb jedoch bereits auf dem Transport dorthin.

Von einem Straßenbahnwagen getötet wurde der 5 Jahre alte Sohn Friedrich des Korbmachermeisters Hähnel aus der Neuen Jakobstr. 18. Der Knabe lief in der Nähe der elterlichen Wohnung im Eifer des Spiels vor einen Wagen der Linie 88, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb.

Zu dem Raubmord an der Milchhändlerin Frau Gehler in Wilmersdorf erfahren wir, daß sich das Befinden des Schwagers der Ermordeten, des Schlossermeisters Wilhelm Kleiber, der bekanntlich von einem der Mordbuben durch Hammerschläge schwer verletzt worden war, inzwischen soweit gebessert hat, daß Lebensgefahr nicht mehr vorzuliegen scheint.

Im Dienste tödlich verunglückt ist der 66 Jahre alte Schneider Karl Grell aus der Luchener Straße 18, der im freiwilligen Hilfsdienste auf dem Nordbahnhof beschäftigt war. Er geriet dort unter eine Lokomotive und starb im Lazaruskrankenhaus an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

„Großer Septemberpreis". Der Sportpark Treptow veranstaltet morgen den Großen Septemberpreis. Derselbe läßt nicht nur die Dauerfahrer, sondern auch sämtliche deutschen Flieger zu Worte kommen. Die Dauerrennen führen über 20 Kilometer und 1 Stunde. In denselben wird der deutsche Meister Saldow zum ersten Male in dieser Saison am Start erscheinen. Außer ihm nehmen daran teil der Europameister Stellbrink, ferner Fritz Hoffmann, welcher in den Vorläufen zum Großen Preis von Berlin so hervorragend gefahren hat, und Kuschkow. Letzterer ist einer unserer jüngsten Fahrer, von dem man das beste erwarten darf, und gerade in diesem Rennen ist ihm Gelegenheit geboten zu zeigen, daß er vielleicht befähigt ist, bald in die erste Klasse aufzurücken. Die Fliegerrennen bringen mit Rütt und Lorenz an der Spitze alles an deutschen Rennfahrern an den Start, was nicht im Felde steht.

Wilhelm Hagenbecks Tierschau und Zeltzirkus verabschiedet sich am Sonntag in zwei Vorstellungen vom hiesigen Publikum. Auch am Sonnabend finden zwei Vorstellungen statt. An beiden Tagen in den Nachmittagsvorstellungen Vorzugspreise.

Lichtenberg. Die Bürgermeisterwahl. Die Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag stand in der Hauptsache im Zeichen der Bürgermeisterwahlen. Bald bei Eintritt in die entsprechenden Punkte der Tagesordnung machte sich der Wunsch nach einer Aussprache bemerkbar. Stadtv. Gensler von der Bürgerlichen Fraktion sprach sein Befremden über die schnelle Ansetzung der Wahl aus und bemerkte, er wolle zwar den Ausdruck Ueberrumpelung nicht gebrauchen, um nicht zur Ordnung gerufen zu werden, aber tatsächlich habe die Ansetzung der Wahl eine gewisse Ueberraschung bei ihm und vielen seiner Freunde hervorgerufen. Stadtv. Schachtel beantragte nunmehr unter Hinweis auf die Geschäftsordnung die Oeffentlichkeit auszuschließen. Nach Beendigung der Beratung wird die Oeffentlichkeit wieder hergestellt und zur Wahl geschritten. Das Ergebnis ist, daß Oberbürgermeister Ziethen mit 47 von 50 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt wird. Stadtsyndikus Dr. Maretzky, der für den Bürgermeisterposten kandidiert, erhält 33 Stimmen und auf Bürgermeister Dr. Unger, der sich wieder zur Wahl gestellt hatte, entfallen 18 Stimmen. Dr. Maretzky ist demnach vom 1. April 1920 ab zum Bürgermeister gewählt.

Die weiteren Punkte fanden zum Teil rasche Erledigung, zum Teil wurden sie in geheimer Sitzung verhandelt.

Neukölln. Lebensmittel. Auf Abschnitt 55 der allgemeinen Lebensmittelkarte dürfen 225 Gramm Auslandsmarmelade (Pfund 2 M.), auf Abschnitt 56 250 Gramm in denjenigen Geschäften, in denen der Karteninhaber zum Bezuge von Kolonialwaren angemeldet ist, entnommen werden. Die neuaufgelegte Kundenliste für den Bezug von Kolonialwaren und Brotaufstrichmitteln hat bei diesem Verkauf noch keine Gültigkeit, weil die Belieferung der Kleinhändler nach Maßgabe der alten Kundenliste erfolgen mußte. Die Kleinhändler haben nach ihrer Belieferung im städtischen Lager sofort mit dem Verkauf der Auslandsmarmelade zu beginnen und denselben eine Woche lang durchzuführen. Sie sind verpflichtet den Beginn des Verkaufs durch ein von der Straße aus sichtbares Plakat anzuzeigen.

Es wird darauf hingewiesen, daß auf den an der Lebensmittelkarte noch verbleibenden Abschnitt 51 Nährmittel abgegeben werden. Das Mittelstück mit dem Abschnitt 51 ist daher sorgfältig aufzubewahren.

Schöneberg. Die neuen Teuerungszulagen. Der Magistrat hat entsprechend einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung neue Bestimmungen über die Gewährung von laufenden Kriegsteuerungszulagen aufgestellt. Danach erhalten Beamte, Lehrpersonen der höheren und Mittelschulen, dauernd beschäftigte Privatdienstverpflichtete, Arbeiter und Arbeiterinnen Teuerungszulagen, die sich nach den drei Gehaltsgruppen für Ledige auf monatlich 65, 70 und 75 M., für Verheiratete auf 110, 115 und 120 M. belaufen; für ledige Magistratsmitglieder betragen sie 80 M., für verheiratete 125 M. Ledige Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten täglich 2,50, verheiratete 3,50 M. Zulage. Neben diesen Grundbeträgen wird für jedes Kind 30 M. monatlich gewährt, für jedes Kind von Arbeitern und Arbeiterinnen 1 M. täglich. Die bisher gewährten Kriegsbeihilfen fallen fort. Im Falle der Geburt eines Kindes wird eine Beihilfe von 60 M. gewährt. Die Empfänger von städtischem Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld erhalten bei vorhandener Bedürftigkeit auf Antrag Teuerungszulagen. Die neuen Sätze treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 in Kraft.

Friedenau. Die Spielplatzfrage beschäftigte die letzte Gemeindevertretersitzung. Entsprechend dem Antrage des Gemeindevorstandes lehnte die Gemeindevertretung es ab, neue Fluchtlinien für den Platz hinter dem Lazarett an der Fehler- und Laubacher Straße festzusetzen und damit diesen Platz, der schon jetzt als Turn- und Spielplatz benutzt wird, dauernd als Spielplatz auszuweisen. Dagegen wurde gemäß der Anregung des Verbandes Groß-Berlin der Spielplatz am Maybachplatz durch Festsetzung von Fluchtlinien auf Grund des neuen Wohnungsgesetzes dauernd als Freifläche zu Spiel- und Erholungszwecken festgelegt. Es handelt sich hierbei um einen Vergleich. — In geheimer Sitzung beschloß, wie wir erfahren, die Gemeindevertretung, der Anregung des Teltower Kreisausschusses nicht stattzugeben, sondern die Gemeinde-Wertzuwachssteuer in Anbetracht der Belebung des Grundstückemarktes weiter zu erheben.

Gerichtszeitung.

Aus Liebe zu einer Sterbenden?

Wegen Vergehens gegen den jetzt viel genannten § 133 Str.G.B. (Entwendung aus amtlichem Gewahrsam) war der frühere Hilfs-Landbriefträger Koller vom Schöffengericht zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Vor dem Landgericht II gab er eine erschütternde Darstellung von der traurigen Lage, in der er sich damals befunden und die ihn zu den Straftaten verleitet habe. Seine Frau habe s. Z. schwer krank gelegen. Der Arzt habe ihm zur dringenden Pflicht gemacht, kräftigende Lebensmittel zu beschaffen, wenn er seine Frau am Leben erhalten wolle. Sie selbst habe ihn von ihrem Krankenbett, welches auch ihr Totenbett wurde, angefleht, ihr Nahrungsmittel zu beschaffen, damit sie am Leben bleibe, und in diesem Zwiespalt von Liebe und Pflicht habe er sich verleiten lassen, aus 22 Feldpostpäckchen Lebensmittel, wie Butter, Keks, Schokolade und Wein zu entwenden. Er sei aber umsonst vom Wege der Pflicht abgewichen, denn seine Frau sei infolge der hinzukommenden Entkräftung verstorben. Als Krankenernährung habe sie „lediglich einen Viertelliter Milch erhalten. Wie die Ermittelungen ergaben, hat der Angeklagte vom Todestage seiner Frau an sich nicht mehr an fremdem Eigentum vergriffen. — Der Verteidiger machte geltend, daß das Gericht angesichts dieses traurigen Sachverhalts die Möglichkeit habe, den beinahe fünfzigjährigen, bisher völlig unbescholtenen Angeklagten, dem selbst von der Postbehörde das beste Zeugnis ausgestellt werde, auf Grund des sog. Notstandsparagraphen 54 St.G.B. vor dem Gefängnis zu bewahren. Tatsächlich habe der Angeklagte in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstand gehandelt, um einen Angehörigen aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben zu erretten. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er alle entwendeten Lebensmittel ausschließlich seiner Frau zugewendet oder ob er auch selbst etwas davon genossen habe, gab der Angeklagte die letztere Möglichkeit zu. Das Gericht hielt aus diesem Grunde und ferner, weil der Angeklagte die Möglichkeit gehabt habe, sich für seine kranke Frau auch anderweitig kräftigende Nahrungsmittel zu beschaffen, und schließlich auch, weil es dem Gericht aus eigener Erfahrung bekannt sei, daß die Feldpostpaketchen heutzutage in den wenigsten Fällen Lebensmittel, sondern zumeist Gebrauchsgegenstände enthalten, die Tatbestandsmerkmale des Notstandsparagraphen für nicht vorliegend. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen.

Sind wissenschaftliche Vorträge Lustbarkeiten?

Das Oberverwaltungsgericht hat für die Frage, ob eine steuerpflichtige Lustbarkeit vorliegt, eine wichtige Entscheidung getroffen

und u. a. ausgeführt, für den Begriff der Lustbarkeit kommt es darauf an, ob eine Veranstaltung vorwiegend der Ergötzung oder Unterhaltung zu dienen bestimmt und geeignet war. Treffe dies zu, so haben sie die Eigenschaften von Lustbarkeiten, auch wenn mit ihnen gleichzeitig ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft verfolgt und wahrgenommen wurde, und dann seien sie nach Steuerordnungen, die alle Lustbarkeiten besteuern, steuerpflichtig. Hingegen seien Veranstaltungen, die im wesentlichen wissenschaftliche Zwecke verfolgen, keine Lustbarkeiten und werden daher von einer Ordnung, die nur Lustbarkeiten besteuern wolle, nicht getroffen. Entscheidend komme immer die Art der Veranstaltung in Frage; Vorträge rein belehrender Natur werden durch reklamehafte Ankündigung nicht zu Lustbarkeiten. Die Frage, ob eine Vorführung physikalischer Experimente sich in den Grenzen eines rein wissenschaftlichen Vortrages halte oder nicht, sei tatsächlicher Natur; mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung müsse aber dann gerechnet werden, wenn sie darauf ausgehe, das Wesen der Naturkräfte, ihre Gesetze, Zusammenhänge und Wirkungen zum Verständnis zu bringen und sich dazu auch der Experimente bediene, während die andere Art mit ihren Experimenten mehr auf die Vorführung des Merkwürdigen oder Wunderbaren ausgehe.

Die Entlassung infolge eines Samariterdienstes.

Ein Liebeswerk hatte der Lageristin Hedwig L., die vor dem Berliner Kaufmannsgericht als Klägerin gegen die Bergmann-Aktiengesellschaft auftrat, die sofortige Entlassung eingetragen. An einem Sonnabend erfuhr das junge Mädchen, daß die in einem Vorort Berlins wohnende Tante verstorben war. Da ihre Mutter auch schwer leidend ist, so fuhr sie selber sofort in das Trauerhaus, um sich der kleinen unmündigen Waisen anzunehmen. Sie wollte zwar ursprünglich am Montag wieder zu den Eltern zurückkehren. Zufälligerweise mußten aber zwei der kleinen Waisen für die Ferienkolonie ausgerüstet werden. Die Klägerin setzte darum alle Kleidungs- und Wäschestücke instand und arbeitete fieberhaft, nur um die armen kleinen Vettern für die Reise fertigmachen zu können. Am Dienstag früh entschuldigte sich dann die Angestellte, das Kündigungsschreiben war aber bereits an sie abgegangen. Die Gesellschaft wandte ein, der Verdacht, daß es sich um „Schwindel" handelte, sei dadurch bestärkt worden, daß der Vater der Klägerin anscheinend von dem Liebeswerk seiner Tochter nichts wußte, als ein Beamter der Gesellschaft bei den Eltern Nachfrage hielt. Dies klärte sich aber damit auf, daß der Vater, der Lokomotivführer ist, erst in der betreffenden Nacht von einer Dienstreise gekommen war. Das Kaufmannsgericht hielt die Entlassung nicht für hinreichend begründet, weshalb der Klägerin das Gehalt zustehe. Sie hätte sich zwar sofort entschuldigen müssen, aber unter Berücksichtigung der ganzen Umstände sei die Verfehlung nicht so schwer zu bewerten, daß sie gleich mit sofortiger Lösung des Dienstverhältnisses geahndet werden müßte.

Auf die Tätigkeit eines Lockspitzels war wieder einmal ein Strafverfahren zurückzuführen, welches gestern das Schöffengericht beschäftigte. Wegen eines angeblichen Handels mit Gold waren der Kaufmann Rudolf, dessen Ehefrau und der Kaufmann Goldmann angeklagt. — Es handelte sich hier wiederum um einen Fall, wo ein Lockspitzel der Polizei unbescholtene Leute zu einer strafbaren Handlung verleiten wollte. Der Angeklagte Rudolf hatte eines Tages dem Mitangeklagten Goldmann gesprächsweise erzählt, daß trotz aller Mahnungen das Goldgeld abzuliefern, immer noch ganz erhebliche Mengen Goldstücke, insbesondere auf dem Lande, im Verkehr wären. Er habe in verhältnismäßig kurzer Zeit 1500 M. in Goldstücken eingenommen. Goldmann erzählte dies weiter und auf diese Weise erfuhr auch ein in Diensten der Polizei stehender Flieger Cohn von dem Vorhandensein des Goldes. Dieser erschien eines Tages in dem Geschäftslokal des Rudolf und begann hier auf die allein anwesende Ehefrau einzureden, ihm das Gold zu verkaufen. Durch allerlei Ueberredungskünste gelang es ihm, die Frau zu veranlassen, ihm die Goldstücke zu zeigen. Obwohl Cohn schließlich 60 M. für das Zwanzig-Mark-Stück bot, lehnte Frau R. den Verkauf ab und schloß die Goldstücke wieder ein. In diesem Augenblick erschienen bereits die mit Cohn im Einverständnis handelnden Kriminalbeamten auf der Bildfläche und beschlagnahmten die Goldstücke. — Der Amtsanwalt erblickte in dem Verhalten der Angeklagten dem Wortlaut der Verordnung entsprechend die „Unternehmung" eines Goldhandels und beantragte gegen die Eheleute Rudolf je 1500 M. und gegen Goldmann 2000 M. Geldstrafe. Von Rechtsanwalt Dr. Joachimczyk wurde eine scharfe Kritik an dem Verhalten der Polizei geübt, welche nur befugt sei, Gesetzesverletzungen zu verhindern bzw. den Täter zu ermitteln, nicht aber anständige, unbescholtene Leute zu Straftaten zu verleiten. Glücklicherweise sei der Lockspitzel in dem vorliegenden Fall nicht zum Ziel gekommen, da das Gericht wegen eines „Rücktritts vom Versuch" unbedingt auf Freisprechung erkennen müsse. Das Gericht folgte auch diesen Ausführungen und erkannte gegen die Eheleute Rudolf auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse. Goldmann wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. September, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei O. Pamp: „Freireligiöse Vorlesung." — Vorm. 10½ Uhr Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Emil Eichhorn: „Naturwissenschaft und Religion." — Gäste willkommen.

Allgemeine Familiensterbekasse. Morgen: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichtstraße 12/13.

Briefkasten der Redaktion.

G. C. 1880. Sie sind, ohne in den Besitz eines schriftlichen Mietsvertrages zu sein, zur Zahlung der erhöhten Miete verpflichtet. — **M. S. 65.** Die Kündigung gilt als zugestellt. Sie sind zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — **D. K. 383.** 1. Versetzung nach einem bayerischen Truppenteil findet nicht statt. 2. Nein. 3. Nein. 4. Ja. — **Gewissen 1918.** Kommen Sie möglichst Sonnabend nach 6 Uhr zu uns in die Sprechstunde. — **A. H. 100.** 1. Ihre Strafe ist durch den kaiserlichen Erlaß nicht gelöscht. 2. Ja. — **Z. 55.** Eine solche Verfügung besteht nicht. Ihr Ehemann kann zum Frontdienst verwendet werden. — **L. D. 3.** Die Frau kann zur Arbeit nicht gezwungen und ihr die Unterstützung nicht entzogen werden. Führen Sie Beschwerde beim Landrat, nachdem beim Regierungspräsidenten. — **A. B. 100.** Nein. — **Kurt B. 24.** Die Mutter hat Anspruch auf Unterstützung. Nachzahlung seit dem Tode des Vaters wird nicht erfolgen. Ein Gesuch um Zurückziehung aus der Front ist völlig aussichtslos. — **100 Feld.** 1. Die Küchenkommission wird vom Kompagnieführer bestimmt. 2. Sie hat Beschwerden entgegenzunehmen. 3. Der Kompagnieführer. — **B. 111 b.** Darüber müssen Sie mit dem Arzt sprechen, auf dessen Anordnung eine Unterbrechung der Schwangerschaft erfolgen kann. — **R. 2.** 1. Klage auf Ehebruch muß innerhalb 6 Monaten nach Kenntnis des Ehebruchs eingereicht werden. 2. Nein. 3. Das ist nicht vorher zu bestimmen. — **A. B. 31.** Erwerbung der Staatsangehörigkeit ist auch jetzt möglich. Der Antrag kann natürlich abgelehnt werden, er ist beim Polizeipräsidenten einzureichen. — **K. J. 8.** Landsturmpflichtig. Krankheiten des Mundes oder Rachens. — **G. Schn. 41.** Der Mutter kann auf Antrag die Löhnung gewährt werden; Antrag ist beim Ersatzbataillon des Truppenteils zu stellen, dem der Sohn angehört. — **G. J. 003.** 1. Nein. 2. Den Anverwandten kann bei Bedürftigkeit ein Teil oder die volle Löhnung gewährt werden; es besteht kein absoluter Anspruch darauf, die Mutter muß sich also damit bescheiden. — **C. B. 99.** 1. Die Frau erbt die Wirtschafts- und Hochzeitsgeschenke im voraus, vom übrigen Nachlaß steht ihr in kinderloser Ehe außerdem die Hälfte zu. 2. 5000 Mark. — **M. 1.** 1. Ja. 2. Bei Ablehnung kann Bestrafung erfolgen. 3. Ja. — **D. 50.** 1. Beim Magistrat. 2. Ja. — **G. B. Neuhaldensleben.** Ja. — **L. Z. 131.** 1. Für einen, den zurzeit aktiv Dienenden. 2. und 3. Das ist keine Kriegsverfügung, sondern der Anspruch auf Aufwandsentschädigung bestand auch schon in Friedenszeiten. 4. Ja. 5. Ein Einspruch ist also zwecklos. — **A. H. 105.** Ihre Bemerkung „Deutsch schreiben lassen" ist unklar. Ist der Betreffende deutscher Staatsangehöriger geworden, so würde doch seine Entlassung aus der Gefangenschaft erfolgen. — **Pionier Nr. 17.** Kriegsgewinnsteuer wird von Ihnen nicht erhoben. — **Schriftsetzer G.** Urlaub soll alljährlich, soweit es der Dienst zuläßt, erteilt werden. Absoluter Anspruch besteht darauf nicht. — **A. K. Karlshof.** Als Arbeiter sind Sie versicherungspflichtig, unbekümmert um die Höhe Ihres Gehalts. Als Werkmeister, Betriebsbeamter, Handlungsgehilfe usw. nur bis zur Höhe von 2000 M. jährlich. — **K. St. 907, Weißensee.** 1. und 2. Ja.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		4. cm	5. cm	Wasserstand am		4. cm	5. cm
Memel	Tilsit	160	156	Saale	Grochlitz	56	56
Pregel	Insterburg	—36	—32	Havel	Spandau	39	37
Weichsel	Thorn	121	114	"	Rathenow	3	0
Oder	Ratibor	164	150	Spree	Spremberg	76	74
"	Krossen	112	104	"	Kersdorf	212	212
"	Frankfurt	119	113	Weser	Münden	120	119
Warthe	Schrimm	60	56	"	Minden	188	185
"	Landsberg	27	28	Rhein	Maximilian	—	—
Netze	Vordamm	—26	—26	"	Caub	162	—
Elbe	Leitmeritz	—	—	"	Cöln	134	—
"	Dresden	—192	—188	Neckar	Heilbronn	16	—
"	Barby	41	41	Main	Hanau	94	95
"	Magdeburg	40	41	Mosel	Trier	0	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Im östlichen Küstengebiete vorwiegend bewölkt, hier leichte Regenfälle; in den anderen Gegenden größtenteils trocken und vielfach heiter, in den Mittagsstunden ziemlich mild.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Othello.
Sonnt. 2½: Fuhrmann Henschel.
Sonntag 7 Uhr: Don Carlos.
Kammerspiele.
8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.
Sonnt. 2½ U.: Eine glückl. Ehe.
Sonntag 7½ Uhr: Kinder der Freude.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: Merlin.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater in d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus
7¾: Der Schrittmacher.
Berliner Theater
7½ U.: Blitzblaues Blut.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
8 Uhr. Ida Wüst in: Der Lebensschüler.
Heute Sonnab. ¼4 U., kl. Pr.: Schneewittchen.
Morgen Sonnt. ¼4 U., kl. Pr.: Johannisfeuer.
Mittw. ¼4 Uhr: Rotkäppchen.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7½ Uhr. Tägl.: Nord. 8650.
Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Laufs. v. Möllendorff. Georg. L. Holms.
Sonntag 3½ Uhr: Jugend.

Wintergarten
Hilda Garden
in ihren Tänzen.
Das Geisterfenster
Illusionsakt.
Georg Bauer
Stegreifdichter
sowie
12 vollständig neue Spezialitäten 12

Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7½, Sonnt. 3½ u. 7½.
September-Sensationen!
Sherlock Holmes der mexikanische Ausbrecherkönig.
Leb. Porzellan,
Rita Belmonte,
die span. Schönheit, und weitere Sensat.
Vorverkauf an der Tagesk. 10—6 Uhr.
Sonnt. 3½ Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Theater für Sonnabend, 7. Sept.

Central-Theater
7½ Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus
6½ Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg

Kleines Theater
½8 Uhr: Z. 1. Male: Der Einsame

Komische Oper
7½ U.: Schwarzwaldmädel.
Morg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
Zum 300. Male
7¾ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater
7½ Uhr: Die Rose von Stambul.

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: Das süße Mädel.
Sonnt. 3 Uhr: Der Obersteiger.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Residenz-Theater
7¾ Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Th. Charl.
3 Uhr: Alt-Heidelberg.
7½ Uhr: Ein Volksfeind

Thalia-Theater
7½ Uhr: Unter der blühenden Linde

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Der alte Dessauer

Theater des Westens
7½ Uhr: Die lustige Witwe
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7½ Uhr: Graf Habenichts.

Palast
Tägl. 7¾, Sonnt. 3½ u. 7½.
Letzte Woche!
Das Warschauer Ballett.
Neues Programm.

Johann Strauß-Theater
Steglitzer Straße 35.
Sonnabend u. Sonntag 7½ Uhr:
Gastspiel der Tanzkünstlerin
Ilse Karyn
im Singspiel
„Alt-Wien"
Vorverkauf Wertheim und Tageskasse 10—1.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich ½8 Uhr:
Dorns Rest.
Ab 5 Uhr die neuen Spezialitäten.

Neue Königstr. 28—30
BESUCHET
ZIRKUS HAGENBECK
Nur noch 2 Tage
SONNTAG LETZTER TAG
Heute und morgen 2 Vorstellungen
um 3½ und 7¾ Uhr.
Vorverk.: Wertheim und Zirkusk. Tel. Kgst. 410.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 U.:
Der neue Schlager
Man lacht mal wieder!
Berliner Posse in 3 Akten.
Vorher erstkl. Spezialitäten.
U. a.: Grete Linds Menschenaffen.
Sonnt. 3½: Eine glückliche Ehe.

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 1.—15. September:
Alois Kraemer, Betty Raphaeli, J. Dillmann, Karl Braun, Kätchen Erben, Otto Mücke, Kraemer-Wolff, Geschw. Trylbl, Otto Mücke-Karl Braun.
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.: Moritzpl. 14553

NATIONAL-THEATER
Deutsch-Amerik. Theater — Cöpenicker Str. 68.
Kassentelephon: Moritzplatz 9344.
Sonnabend, den 7. September, 7 Uhr:
Uraufführung:
Prinzenliebe.
Operette in 3 Akt. v. Schätzler-Perasini. Gesangstexte v. Will Steinberg. Tänze v. kgl. Ballettm. Mangelsdorf.
Musik von
Walter Bromme.
Achill XVI., Erbprinz von Rukow Krackenburg . . . . . . Hans Saal
Prinzessin Carolut, seine Base . . Anneliese Nellen
Graf Cyprian v. Schnakenbach, Hofmarschall . . . . . . Heinz Mehr
Amathusia v. Schwächlich, geb. v. Bärenklau, Hofdame der Prinzessin . . . Marie Grimm-Einödshofer
Bricco-Bracco, Ballettmeister der fürstlichen Bühne . . . . Karl Wessel
Frank Larisson, Solotänzer . . . Heinz Dietrich
Aranka Erdössy, Primaballerina . Agnes Zanten
Georgette, Zofe bei Aranka . . . Liesel Antonoff
Der Theaterinspizient . . . . . Hans Alberti
Preise der Plätze: 10, 8, 6.50, 5.50, 4, 3.50, 2 M.
Vorverkauf A. Wertheim, Tietz, Invalidendank.
Fahrverbindungen: Untergrundbahn Inselbrücke, Stadtbahn Jannowitzbrücke; 83, 87, 88, 10, 11, 1, 2, 3, 4, 6, 22, 29, 36, 28, 45, 46, 49, 10.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Fräulein Schnabels Verlobung

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Donauliebchen.

Reichshallen-Theater.
Abends 7½ Uhr u. Sonntags-Nachmittag 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise!

Kabarett-Kaffee
Hohenstaufen
76 Kottbus. Damm 76
Otto Wassmann
Medi Cornel
Crass Walden 8³⁰
A. u. E. Ridwell
Geschw. Rosen
Kapelle Weikert.

Lichtspielhaus
Große Frankfurter Straße 28 a. d. Andreasstraße
Bis Montag:
Die Fürstin von Beranien.
Ein Lied von Lieb u. Leid.
Anfang 5 Uhr.

Admiralspalast.
7½ Uhr:
Die Prinzessin von Tragant.
Sajdah. Deutsche Tänze.

Rote Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 25., 26., 27., 28. Sept. d. J.
15997 Geldgewinne
bar ohne Abzug zahlbar = M.
Hauptgewinne: 560000 100000 50000
Lose à 4 M. für Porto u. Liste 45 Pfg. extra
versendet auch gegen Nachn. die Hauptversandstelle für Rote-Kreuz-Lose
Alexander Thomas
Altona bei Hamburg.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Sonntag, den 8. September 1918, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 11):
Branchen-Versammlung
für alle in der Emaillierbranche beschäft. Kollegen und Kolleginnen.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
117/15 Die Ortsverwaltung.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen
Gelegenheitskäufe Rud. Pfitzner, Alt-Moab. 119.
Paul Sagge Kohl- und Sprechmasch.
Breitestr. 37, Schönwalderstr. 13/14, Fichelsdorferstr. 12.
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Kolonialwar., Schönwalderst. 67
Markgraf, Brüderstr. 11 Ecke
H. Tornow Markt 16, gegr. 1829.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden
Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.
Kohlhdlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97
Uhren, Goldwaren
S. Feuske, Kottbuser Damm
Streng reell, anerkannt bill.
Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild — Geflügel — Fische.

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel
gegen bar od. erleichterte Zahlungsweise.
Pelzhaus Abuco,
Leipziger Str. 58, I.

Monopolfrage und Arbeiterklasse von Heinrich Cunow u. a. Dürfte bald im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Preis gebunden 5,—, brosch. 4,— M. Vorwärts-Sortiments-Buchhandlung, Lindenstraße 3, Laden.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Pfandleihhaus, Schönhauser Allee 115 (Ring-, Hochbahnhof). Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! Skunkskragen, Alaskafüchse, Rotfüchse, Blaufüchse, Kreuzfüchse! Sommerpreise! Uhrenlager, Goldwaren! Silbertaschen! Bequemste Fahrverbindung! Fahrgeldvergütung! 36R*

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 1072*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, neue Herrengarderobe. 140R*

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenickerstraße 71. 131R*

Skunksstolas, Muffen, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Kreuzfüchse, Herren-Gehpelze, Wagen-, Reisepelze, jetzt sehr billig. — Damenkostüme, Herren-Garderobe in großer Auswahl. Ferner in Lombard gewesene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen, bekannt billig. Beleihung jeder Wertsache im Leihhaus, Moritzplatz 58a. R150/1*

Leiterhandwagen, jede Größe, Kastenwagen, starke Eisenreifen, gute Holzarbeit, Holzräder, Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 19. 70R*

Teilzahlung. Kaufen Sie Ihre Pelzkragen und Muffen schon jetzt zu noch billigen Preisen bei sehr bequemer Zahlweise. Briefe erbeten Pelzwarenfabrik Kallis, Berlin NW. 87. 115R*

Großjahn. Die hygienische Forderung. Ein Buch über gesundheitsmäßige Lebensführung. (Blaue Bücher.) Preis 2,— M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3, Laden.

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligst! Hochelegante moderne Fuchskragen! Alaskafüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kitfüchse! Skunkskragen! Iltisgarnituren! Muffen! Silberfuchsen! Uhrenverkauf! Einsegnungsgeschenke! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Pelzwaren, große Auswahl in Alaska-, Blau-, Silber-, Rot-, Kreuz- und Jobellfüchsen von 75 Mark an, sowie Skunks, auch Kanin usw. von 30 Mark an. Stück, Flensburgerstr. 19a, 1. Etage, Ecke Lessingstraße (im Hause Dresdner Bank), Stadtbahn Bellevue. 895*

Pelzgarnituren! Riesenauswahl, extrabillig! Hochelegante Alaskafüchse, Kreuzfüchse, Blaufüchse, Rotfüchse, Fuchsmuffen, Skunkskragen, Iltisgarnituren! Silbertaschen, Brillanten! Taschenuhren! Nicht irren! Nur 85b Potsdamerstraße 86b, altbekanntes Pfandleihhaus. 42R*

Verkaufe ab 9 Uhr allerhand wenig gebrauchte Teppiche, Vorleger, Läuferstoffe, Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Tüllbettdecken, Diwandecken und Tischdecken. Fried, Neukölln, Friedelstr. 34, rechter Seitenflügel II. 102/3

Hühner, Junghennen, Einzelhühner, Jungenten, Römertauben eingetroffen. Zuchtgeflügelspeicher Böttcher, Borhagenerstraße 6. 104/10

Geschäftsverkäufe

Zigarrengeschäft (mit gutem Nebenverdienst), eventuell Inventar, zu verkaufen Weinbergsweg 20. †98

Möbel

Möbel-Roth liefert in großer Auswahl komplette Wohnungseinrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Roth, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 1385*

Möbelkredit. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Kredithaus Luisenstadt, Cöpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Bahnhof Jannowitzbrücke. 72R†

Küchen, weißlackiert, prima Lack, siebenteilig, 395 Mark, ebenso Wohn- und Schlafzimmer billig. Möbelhaus Döring, Blücherstraße 2, Halleshes Tor. 84R*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. 166R*

Reizende Küchen in allen Farben und Ausführungen, 7teilig, 525,— Mark. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 146R*

Küchen-Einrichtung, grün, Mahagoni-Bettstelle, Matratze, Ausziehtisch, Kinderwagen, Verdeck, Ober-, Unterbett, Mahagoni-, Nußbaum-Rohrstühle, Regulator, Freischwinger, Waschtoilette, Gardinenstangen, verschiedenes andere verkauft billig Geßner, Dunckerstr. 20. 91R*

Stubenmöbel, Stand Betten preiswert verkäuflich. Hechel, Georgenkirchstraße 36, vorn 1 Treppe. 3104b

Möbel, nußbaum, Stube, Küche im ganzen verkauft Liebethal, Marienburgerstraße 10. Nur Sonntag von 8 Uhr. †984*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142R*

Musikinstrumente

Schwechtenplano, Erdplano-Paris, elegantes, schwarzes, gebrauchtes 1150,—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. 156R*

Harmonium, neu, gebraucht, Salonharmonium 750,—, mit eingebautem Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielbar, 550,— (eventuell Teilzahlung). Berger u. Co., Oranienstraße 166, III. 156R*

Mandoline, Gitarre, Laute (erstklassige Instrumente), Wandermandoline, Wandergitarre 45,—, Unterricht 6,—, Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Künstlervioline 85,—, Konzertgeige mit Etuis 85,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. 156R*

Pianos, kreuz- und gradsaitige, billige Gelegenheiten, auch für Händler. Reimann, Möckernstraße 71, III. 3105b*

Fahrräder

Friedenspreise! Friedensware. Hunderte gebrauchter Fahrräder aller Gattungen, sowie Rennmaschinen, Bezeträder, auch Ersatzbereifung. 50,—, 60,—, 70,—. Fahrradlager, Weberstraße 42. 80R

Herrenrad 50,—, **Damenrad** 75,—, auch Freilaufräder. Strese, Andreasstraße 22. 104/15

Kaufgesuche

Phonographenwalzen, ob schwarz, braun oder gelb, ob ganz oder zerbrochen, kauft jedes Quantum, per Kilogramm 11 Mark. Schmidt, Nürnberg, Neuegasse 18. Sofort gegen Nachnahme auf meine Kosten senden. 104/4*

Platinabfälle, per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Getränke, Film- und Schildpattabfälle usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Brob, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Geschäftszeit von 9—1 und 3—6 Uhr. 171*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4248. 261*

Weinkorke, gebrauchte (über 35 Millimeter), kauft jeden Posten mit Genehmigung. 4 Pfennig pro Stück. Lasse auch abholen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. Fernruf: Wilhelm 5676. 161R*

Sektkorke (Naturkork) kauft jeden Posten mit Genehmigung. 20 Pfennig pro Stück. Lasse auch abholen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. Fernruf: Wilhelm 5676. 161R*

Schallplatten, alte und Bruch, kauft jedes Quantum zu gesetzlichen Höchstpreisen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161R*

Lacke bis 20,00, Bleiweiß, sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Mollendorf 2379.) *

Borax, Wachse, Paraffin, sämtliche Lacke, Firnis, Firnisersatz, Terpentinöl und ähnliches, kauft höchstzahlend Wolter, Thorstraße 6. 191R*

Werkzeuge, elektrische Apparate, Kleinmaschinen, Leitungsdrähte, Materialien jeden Posten kauft ständig Elektromechanik, Berlin C. 2, Kurze Straße 18 (Alexanderplatz). 101/7*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117R*

Werkzeuge für Dreherei, auch Spiralbohrer zu kaufen gesucht. G. Schleutermann, Blumenstraße 33/34. †175*

Klavier oder Flügel sucht von Privatleuten Bäckerei, Prenzlauerallee 303. (Preisangabe.) 156R*

Bindfaden auch kleine Posten, zu kaufen gesucht. Brünner, Große Frankfurterstraße 90. 104/14

Photographischen Apparat kauft Zenner, Hagelbergerstraße 22. Telephon: Kurfürst 2837. 3108b

Unterricht

Mandolinenspiel, Gitarren-, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violinschnellkurse. Ernst, Oranienstraße 166, III. 156R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swientu, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Verschiedenes

Dauerwäsche reinigt, verkleinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 78R*

Vermietungen

Wohnungen

Charlottenstraße 87 kleine Wohnung. 3054b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Einrichter für Revolverbänke verlangen Gebr. Dietmann, Tempelhof, Ringbahnstr. 4. 87R*

Schlosserlehrlinge verlangt Kunst- und Bauschlosserei, Rigaerstraße 98. †57*

Tüchtige Schlosser für Reparaturen und Vorrichtungsbau sucht Maschinenfabrik Rein, Halensee, Karlsruherstraße 8. 94R

Automateneinrichter verlangt Schraubenfabrik, Melchiorstraße 6. 3110b

Werkzeugmacher und Automateneinrichterlehrling verlangt Schraubenfabrik, Melchiorstraße 6. 3109b

Zuschläger und Stockgesellen stellt sofort ein Paul Marcus, Schöneberg, Monumentenstraße 35. 104/20

Lausburschen stellt sofort ein Paul Marcus, Schöneberg, Monumentenstraße 35. 104/19

Schlosser, Schmiede, Dreher stellt sofort ein Paul Marcus, Schöneberg, Monumentenstraße 35. 104/18

Maschinenarbeiterinnen verlangen Gebr. Dietmann, Tempelhof, Ringbahnstraße 4. 92R*

Taschenlampenbatterien-Einkocherinnen, -Kapperinnen, -Arbeiterinnen, tüchtige, fleißige, verlangt Lück, Neukölln, Neue Donaustraße 83. †131

Näherin, tüchtige, verlangt dauernd Modesalon Königgrätzerstraße 79. 3106b

Schluß

der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer um 5 Uhr nachmittags in der

Hauptexpedition, Berlin SW. 68,

Lindenstraße 3.

Gewerkschaftsbeamter.

Zur Führung der Geschäfte in der Verwaltungsstelle Groß-Berlin sucht der

Deutsche Eisenbahner-Verband

einen tüchtigen Beamten zum möglichst baldigen Antritt.

Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer Gehaltsansprüche nebst einer schriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Verwaltungsbeamten im Deutschen Eisenbahner-Verband bis spätestens 25. September 1918 beim Unterzeichneten melden. 287/7

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes
2. Brunner, Berlin SO 26, Bethanien-Ufer 10, I.

Klempner,

welcher bereits Kühlerreparaturen ausgeführt hat, und der möglichst auch kleine einfache Installationen machen kann, zum sofortigen Antritt gesucht. 18572*

W. A. Zenker, Lohnpflug-Großbetrieb,
Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 17.

Tüchtige Monteure für Flugmotorenbau
werden sofort eingestellt. 1758L*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
Charlottenburg, Fritschestr. 27/28.

Maurer
Zimmerleute
Bauarbeiter
auch Frauen verlangt
Umbau Deutsches National-Theater
(Zirkus Schumann), Eingang Karlstraße. 1786L*

Maurer, Bauarbeiter, Arbeiterinnen
werden eingestellt **Neubau Waffenfabriken Wittenau**
Station Eichhornstraße.
185/12* Bauburcau Boswan & Knauer, Eingang III.

Maurer, Zimmerleute, Handlanger, Erdarbeiter
nach außerhalb dauernd gesucht. 1372*
Meldungen mit polizeilichem Personalausweis, Abkehrschein und dergleichen jeden Dienstag bei
Bauführer Frielinghaus, Jüterbog II, Rauchstr. 1

Tüchtige Dreher u. Hobler
für abwechselnde Schicht stellt sofort ein
Werkzeugmaschinenfabrik Boro,
31035 Friedrichstr. 233.

Tüchtiger Stereotypeur für Flach- und Rundstereotypie
wird für dauernde Stellung gesucht von
Hermann Schmidt's
Buch- und Kunstdruckerei G. m. b. H.,
O 27,
Alexanderstraße 22.

Werber

zur Anwerbung mehrerer hundert Arbeiter wollen sich melden bei **Karl Brand,** Berlin W 9, Schellingstr. 7. *

Tüchtige Tischler
auf eichene Schlafzimmer verlangt 17852*
A. & M. Weidner,
Liebenwalder Str. 11.

Tüchtig. Schleifer
für genaue Bohrarbeiten an Rundschleifmaschine gesucht von C. Kärger A.-G., Krautstr. 52.

Dachdecker
für dauernde Landarbeit werden sofort eingestellt. 18339*
W. Kinzel jr., Dachdeckermeister, Greifenberg, Pomm.

Revolver-Einrichter
stellen ein 18662
Spezialkonstruktionen,
Steglitz, Birkbuschstraße 37.

Lehrling 164/11
für Kupferdruckerei verlangt A. Ruckenbrod, Berlin, Lützowstraße 105, Fabrikgebäude II.

Tücht. Schraubendreherinnen
sowie 104/10
Automateneinrichter
stellt ein Meister Lemke bei Erdmann & Groß, Schraubenfabrik, Ritterstr. 11.

---

50 junge Mädchen
zum füllen, etikett. und korken von Flaschen ges. Parfümeriefabrik Watzmannstr. 28. 104/12

Typographsetzer
stellt sofort ein 1840L*
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.,
Berlin SW, Lindenstr. 3, IV. Hof II.

Eisendreher
für Leitspindelbänke sucht 1873L
Akt.-Ges. Freund, Charlottenburg,
Franklinstraße 6.

Einrichter
tüchtige, für Eisenzünder, nur gelernte Leute, sucht
Akt.-Ges. Freund, Charlottenburg,
Franklinstraße 6. 1874L

Mitfahrer und Reservefahrer
kräftige, des Fahrens kundige Leute (auch Kriegsverletzte), stellt sofort ein 1871L
Engelhardt-Brauerei, Charlottenburg,
Sophie-Charlotten-Straße 92.

Gewandter Fräser
am Horizontal-Bohrwerk gesucht.
Orenstein & Koppel - Arthur Koppel
Aktiengesellschaft, 18592*
Lokomotivfabrik Nowawes.

Schlosser, der drehen kann, und tüchtiger **Feinmechaniker** gesucht.
Frankonia A.-G. 3115b
Tempelhof, Ringbahnstraße 4.

Zimmerleute, Einschaler und Eisenflechter sofort gesucht.
Polier **Matthes,**
Albatroswerke, Eingang V.
Johannisthal.

Austrägerinnen

für den „Vorwärts"

worden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Markusstr. 36. Petersburger Pl. 4. Lausitzer Platz 14/15. Immanuelkirchstr. 12. Lindenstr. 3. Greifenhagener Straße 22. Wilhelmshavener Straße 48. Blumenthalstr. 8, Hof part., Stolpmann.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.
Wilmersdorf: Wilhelmsaue 27 bei Schubert.
Neukölln: Siegfried-Str. 28/29.
Baumschulenweg: Köpke, Kiefholzstraße 179.
Ober-Schöneweide: Paul, Mathildenstraße 5.
Falkenberg: Salzmann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Glienicke.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Tüchtige Werkzeugmacher
sofort gesucht. 16532*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
Berlin-Hohenschönhausen.

Werkzeugfräser,
Werkzeugdreher,
Betriebsschlosser,
Bauschlosser, 18582
Schlosserhelfer,
Klempner,
Spritzerinnen für Lackiererei,
Maschinenarbeiterinnen,
Transportarbeiter,
Laufmädchen stellt sofort ein
R. Frister Akt.-Ges., Berlin-Oberschöneweide

Tüchtige Optiker

die nach Probegläs und Dicke arbeiten können, sowie optische **Hilfsarbeiter** werden für dauernde Arbeit eingestellt.
Voigtländer & Sohn A.-G.,
Optische Werke, Braunschweig. 263/3*

Erfahrener Elektriker
für alle vorkommenden Arbeiten sofort gesucht.
Zigarettenfabrik Garbáty,
127L Pankow, Hadlichstraße.

Werkstattlehrlinge
für
Schlosserei, Dreherei, Modelltischlerei
stellt ein 18722
Maschinenfabrik Prometheus,
Reinickendorf, Hauptstr. 25—27.

Anlegerinnen,
Bogenfängerinnen,
Mädchen zum Anlernen,
Prägerinnen, Burschen
finden dauernde Stellung bei
Heymann & Schmidt Akt.-Ges.,
18122* Schönhauser Allee 164.

Perfekte Jackenarbeiterinnen

für unser Maßatelier sofort verlangt. Meldungen
R. M. Maassen,
Oranienstr. 165. 107L*

Zeppelin, Boykott, Kremser und anderes.

Eine sprachliche Plauderei.

Von Professor Dr. H. Naumann.

„Zeppelin" ist heute schon durchaus ein Gattungsname geworden. „Ein Zeppeln kommt"; dabei denkt niemand an ein Mitglied der gräflichen Familie, sondern jeder nur noch an das Luftschiff. Bei „Parseval" ist die Sache dieselbe. Der Name des Erfinders ist auf den Gegenstand seiner Erfindung übertragen worden.

Daß Eigennamen zu Gattungsnamen werden, ist keine seltene Erscheinung. Desgleichen daß aus Eigennamen Gattungsnamen abgeleitet werden. Es scheint sich hierbei aber wesentlich um eine zunehmende Eigentümlichkeit der modernen Sprachen zu handeln, die auf diese Weise mit gewisser Leichtigkeit eine ihrer Blößen bedecken, die darin besteht, daß sie in weitem Maße die Fähigkeit verloren haben, durch Urschöpfung — man denke an das Wort „Gas", das der Alchimist Helmont in Brüssel um 1600 neugebildet hat — neue Wörter zu schaffen. Aus älteren Sprachschichten stammt vor allem das Wort „Kaiser", das bekanntlich schon in altgermanischer Zeit aus dem Namen Cäsars übernommen wurde. Auch zu den Slawen kam das Wort, altslawisch Cesari wurde verkürzt zu Zar, während der Name Karls des Großen in russisch Korolj und litauisch Karalius in der Bedeutung „König" weiterlebt. Die meisten übrigen auf diese Weise entstandenen Gattungswörter, die wir hier aufzählen, sind viel jüngeren Datums; einige sind sogar erst in unserer Zeit entstanden, und jeder Tag kann neue hervorbringen.

Das Wort Boykott „Verrufserklärung" stammt von dem Eigennamen des Gutsverwalters Boykott in Irland, über den die Landliga 1880 den Bann aussprach, worauf niemand mehr für ihn arbeitete und mit ihm verkehrte. Noch keine 40 Jahre ist also das Wort alt. Man denke ferner an Lloyd (Name eines Londoner Kaffeehausbesitzers im 17. Jahrhundert, wo Kaufleute und Schiffsmäkler Seeversicherungen abschlossen); an Mäzen, Kunstmäzen und Mentor von Mäcenas, dem großen Freund der römischen Dichter zur Zeit des Augustus und von Mentor, dem Lehrer des Telemach bei Homer; an Bramarbas, ursprünglich der Name eines lächerlichen Großsprechers, zuerst bei Pöllander von der Linde und Gottsched gebraucht, und Kannegießer, Name einer Figur aus einem Lustspiel Holbergs um 1740. So stammt Nikotin von dem französischen Gesandten in Lissabon, Monsieur Nicot, der um 1510 die ersten Tabaksendungen aus Amerika erhielt und ihre chemische Prüfung in Paris veranlaßt hat; Mansarde von dem französischen Baumeister Mansard im 17. Jahrhundert; Pompadour von der bekannten Marquise, der Geliebten Ludwigs XV.; Schrapnell von seinem Erfinder, dem englischen Oberst Shrapnel, und schließlich Lazarett von Lazarus. Deutsche Personennamen, die Gattungswörter geworden sind, sind Dietrich (Diebsschlüssel) und Mega, „Dirne" von Mechthild; Rüpel kommt von Ruprecht her.

Auch eine Reihe von Zeitwörtern hat sich gebildet. Dem boykottieren und bramarbieren vergleichen sich lynchen, von dem Farmer John Lynch in Nordkarolina (19. Jahrhundert), ebenso verhallhornen, von dem Buchdrucker Hallhorn, 17. Jahrhundert, der neue Ausgaben verschlechterte; ferner galvanisieren und röntgen, die wohl allgemein bekannten Ursprungs sind; pasteurisieren, von dem Pariser Arzt Pasteur, das Aufkochen organischer Stoffe in geschlossenen Gläsern bezeichnend und das sinnliche einwecken, von dem Erfinder des Weckapparates, dem Ingenieur Weck; bessemern bedeutet die Anwendung von Bessemers, des englischen Technikers, Verfahren, flüssigen Stahl zu reinigen vermittels durchgeblasener Luft; mauscheln kommt von Mauische, Mosche (Moses), der Bezeichnung eines jüdischen Händlers im 17. und 18. Jahrhundert; und aus allerneuester Zeit stammen hier müllern („Mein System" von dem Dänen J. P. Müller 1905) und fletschern von dem amerikanischen Ess- und Kaukünstler Fletscher.

Von Ortsnamen abgeleitete Gattungsnamen sind: Fayence und Majolika von Faenza und Majorka, wo diese Tonwaren hergestellt werden; Bajonett von Bayonne; Damast und Damaszener von Damaskus; Magnesia und Magnet von Magnesia; Gaze, Musselin, Kattun, Tüll, Manchester, Nanking, Kammertuch von Gaza, Mosul am Tigris, Katikut in Ostindien, Tulle in Südfrankreich, Manchester, Nanking, Cambrai; Kupfer und Pergament von Cypern und Pergamon; Kastanie von Kastana am Schwarzen Meer; der Pfirsich ist der persische (Apfel); der Fasan stammt vom Flusse Phasis in Kolchis. Der Landauer stammt aus Landau, der Fiaker von der Rue Saint Fiacre, dem Pariser Halteplatz der ersten Mietdroschken im 18. Jahrhundert, die Kutsche letzten Endes aus Kocs (sprich Kotsch) in Ungarn, während Kremser zunächst wieder ein Personenname war, nämlich der des Vermieters eines vielsitzigen Wagens in Berlin am Brandenburger Tor um 1830. Polonäse, Française, Mazurka sind der polnische, französische, maurische Tanz; Krawatte ist die kroatische, nämlich Halsbinde; Litewka die litauische, nämlich Bluse; Tatarka, die tatarische, nämlich Pelzmütze. Heller und Taler stammen von ihren ersten Prägungsorten Hall in Schwaben und Joachimsthal. Der Name der Schweden ist wenigstens in der Wendung „Wart, du Schwede" ein Gattungsname geworden. Falls das noch aus dem 30jährigen Kriege herrührt, so sei hier an die Pappenheimer erinnert, die man — nach der Schillerschen Wendung — gewöhnlich gut zu kennen glaubt. Zu bedauern ist, daß der Name des edlen ostgermanischen Volkes der Wandalen zu einem Gattungsnamen sehr häßlichen Sinnes, den die Geschichte keineswegs rechtfertigt, herabgewürdigt worden ist.

Aus der Geschichte des Briefportos.

Die neuen Erhöhungen des Briefportos, die für den 1. Oktober bevorstehen, werden den Briefverkehr gewiß nicht einschränken, denn das moderne Leben hat den Brief zu einer so notwendigen und alltäglichen Erscheinung gemacht, daß die Zeiten, in denen der Empfang eines Briefes für das ganze Haus ein Ereignis bedeutete, endgültig verschwunden sind. Und doch sind diese Zeiten noch gar nicht so lange her; sie liegen kaum mehr als ein halbes Jahrhundert zurück.

In dem Deutschland vom Anfang des 19. Jahrhunderts gab es nicht weniger als 30 selbständige Postverwaltungen, die sich die einzelnen Staaten und freien Reichsstädte neben der dem Fürsten von Thurn und Taxis als Reichslehen verliehenen Reichspost aufgetan hatten. So zersplittert, wie damals das Deutsche Reich selbst war, war auch sein Briefverkehr und sein Briefporto, denn die Münzsysteme, die Briefmarken und die Gebühren waren überall verschieden. Das Aufgeben und Freimachen eines Briefes war ein schwieriges Geschäft. Die ersten Briefkasten wurden erst 1848 in den Straßen angebracht. Bis dahin mußte jeder Brief an den Postschalter gebracht und das Porto dort in bar erlegt werden. Der Postbeamte nahm eine höchst verwickelte Berechnung vor, um das Briefporto herausbekommen oder wenigstens annähernd zu taxieren, denn das Porto steigerte sich nach der Meilenzahl in vielen Abstufungen und konnte je nach dem Weg, auf dem der Brief befördert wurde, bald teurer und bald billiger ausfallen. Innerhalb des preußischen Gebietes belief sich das höchste Porto auf 10 Silbergroschen, eine Summe, die nach dem heutigen Geldwert sicherlich mit 5 M. zu beziffern wäre. Ein Brief von Königsberg nach Berlin kostete 9 Silbergroschen, ein Brief von Frankfurt a. M. nach Danzig 15 Silbergroschen! Dazu kam dann noch meistens ein Extrabestellgeld. Noch kostspieliger gestaltete sich die Frankierung eines Briefes nach dem Ausland. Das Porto für einen Brief von Kopenhagen nach Berlin belief sich 1839 auf 58 Schillinge. Da man nicht genau berechnen konnte, wie hoch das Briefporto sei, so schickte man die Briefe meistens unfrankiert. Ein Strafporto gab es noch nicht, und der Empfänger erfuhr wenigstens genau, was es kostete.

Von der Umständlichkeit und Unsicherheit der Briefbeförderung jener Tage können wir uns, trotz unserer Klagen während der Kriegszeit, keine Vorstellung machen. Zwar wurde jeder Brief, der eine fremde Postanstalt berührte, dort sorgsam gebucht; aber trotzdem kamen sie sehr häufig nicht an, so daß man den Empfang eines Briefes stets als eine Art Glücksfall betrachten mußte. Um das teure Porto zu sparen, schrieben die Kaufleute Mitteilungen an mehrere Personen derselben Gegend auf ein Blatt, das dann der erste Empfänger zerschnitt und verteilte. Das Beispiel Englands, das im Jahre 1840 das Porto für einfache Briefe auf einen Penny festsetzte, blieb auch auf Deutschland nicht ohne Einfluß, und so kam im Jahre 1850 der deutsch-österreichische Postvereinsvertrag zustande, der alle diesem Verein angehörenden Staaten zu einem einheitlichen Postgebiet zusammenschloß. Immerhin blieben doch noch viele Teile Deutschlands außerhalb, sodaß die Zahl der verschiedenen Postgebiete Ende der 60er Jahre erst „auf 17 herabgekommen" war. Das Briefporto war für das Postvereinsgebiet auf 1, 2 und 3 Silbergroschen festgesetzt; zugleich wurde für Nichtfrankatur ein Strafporto angeordnet, das Frankieren aber durch die allgemeine Einführung der Postmarken erleichtert. Nun war der Weg zur Besserung betreten, und er wurde fortgesetzt durch die Herabsetzung des Portos für ganz Deutschland und Oesterreich auf einen Silbergroschen, durch die Einführung der Postkarten und endlich durch den Weltpostverein.

Von giftigen und ungiftigen Pilzen.

Trotz aller Bemühungen, durch Merkblätter mit Abbildungen, Wanderausstellungen und Unterricht in den Landschulen Aufklärung über die Gestalt und die Farbe giftiger und ungiftiger Pilze zu verbreiten, sind die Verwechselungen noch immer häufig, und die Zahl der Unglücksfälle mehrt sich besonders in dieser Zeit, in der die Zahl der Sammler so viel größer geworden ist. Besonders häufig ist die Verwechselung des beliebten Champignon und des hochgiftigen Knollenblätterschwammes, die daher rührt, daß diese Schwammart äußerst abwechselungsreich in ihrem Aussehen ist, und daß sie gerade zwischen harmlosen Arten angetroffen wird. Es gibt zwar alte Haus- und Bauernregeln, die besagen, daß Pilze, die milchen, verfärbte Bruchflächen zeigen, Ringe am Stiel und weiße Sporen tragen, ebenso wie die mit Löchern an der Unterseite des Hutes giftig sind. Aber diese Merkmale genügen nicht; auch die Schwarzfärbung von Zwiebeln beim Kochen mit giftigen Pilzen ist kein sicheres Unterscheidungsmittel, wie es ja auch nicht genügt, wenn man Pilze durch Kochen in Salzwasser entgiften will. Das Gift des Knollenblätterschwamms ist wie jedes Alkaloid schon in den geringsten Mengen von stärkster Wirkung. Es genügen wenige Milligramm, um die stürmischsten Erscheinungen auszulösen. Schon nach kurzer Zeit stellen sich Schwindel und Krämpfe, Leibschmerzen und Erbrechen ein. Besonders stark leidet unter dem Gift die Leber, die in fettigen Zerfall gerät. Die Behandlung kann sich nur auf die Beseitigung und Linderung der Symptome richten.

Der französische Forscher Calmette hat versucht, ebenso wie gegen Schlangengift durch allmähliche Immunisierung von Tieren ein Heilserum gegen die Vergiftungen mit dem Knollenblätterschwamm zu gewinnen. In der Arzneikunde benutzt man noch andere Pilzalkaloide zu Heilzwecken, so das Agaricin, das vom Lärchenschwamm stammt und bei der Bekämpfung von Schweiß wirksam ist. Das Gegenstück dazu bildet das Muscarin, der wirksame Bestandteil des Fliegenpilzes; es verengert die Pupillen und steigert die Schweißabsonderung. Da es die entgegengesetzten Wirkungen hat wie das Alkaloid der Tollkirsche, das Atropin, wird es auch als Gegengift bei Tollkirschenvergiftung verabreicht. Acht Milligramm Muscarin töten eine Katze in 10 Minuten. Merkwürdigerweise wird es aber von ostasiatischen Nomaden als Rauschmittel benutzt.

Während bisher meist die Ansicht vorherrschte, Pilze seien nur schwer verdaulich, haben die Arbeiten Klostermanns und seiner Mitarbeiter ergeben, daß im Durchschnitt 85 Proz. des Pilzstickstoffes ausgenutzt werden. Ein gleich günstiges Resultat hat sich auch für die Kohlehydrate der Pilze herausgestellt, deren Ausnützung 94,8 Proz. beträgt. Für die leichte Verdaulichkeit spricht auch die lockere, brüchige und wenig inkrustierte Membran der Pilze. Klostermann weist darauf hin, daß man den Pilzen bisher noch nicht die Beachtung geschenkt hat, die sie als Nahrungsquelle jedenfalls verdienen. Es muß aber davor gewarnt werden, Pilze, die im Zerfall begriffen oder angefressen sind, mit zu verwenden; man soll auch nicht Reste von Pilzgerichten, die bereits einige Tage zubereitet gestanden haben, noch genießen. Es ist auch falsch, eingesammelte Pilze zunächst längere Zeit zusammengepackt, noch dazu an einem warmen Ort aufzubewahren; man soll sie vielmehr sofort ausbreiten, durchsehen und reinigen, da sie von innen heraus einer Zersetzung unterliegen.

Notizen.

— Die große Berliner Kunstausstellung wird in der Kgl. Akademie der Künste am 14. September eröffnet.

— Stroh und Holz als Viehfutter. Stroh und Holz so „aufzuschließen", daß es das fehlende Kraftfutter ersetzen kann, ist eine wichtige Aufgabe der Kriegswirtschaft geworden. Es ist aber darüber hinaus ein Problem von dauernder Bedeutung. Ueber den jetzigen Stand dieser Frage berichtet in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Prof. Semmler. Um die Zellulose den Bakterien im Tierdarm zugänglich und damit für das Tier ausnutzbar zu machen, wird es im Natronverfahren aufgeschlossen. So kann man jetzt aus 100 Kilogramm Trockenschrot vom Stärkewert 10,5, 60 Kilogramm Kraftschrot vom Stärkewert 33 erzielen. Würde alles Stroh so verarbeitet, so würde man 20 Millionen Tonnen Kartoffeln damit ersetzen.

Lodz.

88]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Na, einen speziellen Grund zur Freude hab' ich ja nicht! Aber hören Sie mal, vielleicht kaufen Sie mir die Möbel ab," warf er rasch hin, Borowieckis Blick meidend.

„Verkaufen Sie Ihre Möbel?"

„Ja, ja . . . ich möchte diesen Kram los werden, ich verkauf's billig, wollen Sie's haben?"

„Darüber reden wir ein andermal; aber hören Sie mal, wenn irgendeine plötzliche Verlegenheit Sie zu diesem Schritt treibt, na, dann könnte ich Ihnen vielleicht aushelfen, seien wir aber aufrichtig miteinander."

„Nein, Geld brauch' ich nicht, aber auch mit den Möbeln kann ich nichts anfangen."

Karl blickte ihm in die Augen und sagte nach einer längeren Pause teilnahmsvoll:

„Ist es wieder nichts mit Ihrer Heirat?"

„Na ja, nichts, nichts!" Er begann rasch auf und ab zu gehen, um die Erregung, die ihn durchschauerte, zu verbergen.

Seine Kiefer zuckten krampfhaft, manchmal blieb er stehen und atmete tief auf, ließ seinen leblosen Blick über Karls gleichgültiges Gesicht schweifen, zog den Rock vom Buckel herunter, wischte sich die schwitzenden Hände ab und lief wieder herum, immer größere Kreise um den Tisch beschreibend.

Karl sagte nichts mehr und vertiefte sich in die Arbeit, warf nur, als Murray in die ‚Küche' hinausgelaufen war, ihm einen verächtlichen Blick nach und brummte: „Sentimentaler Affe!"

„Erst gestern hab' ich's eigentlich eingesehen, daß die Ehe eine bittere Satire auf die Liebe und die menschliche Würde ist," begann Murray, den unterbrochenen Spaziergang wieder aufnehmend.

„Je nach dem!"

„Erst gestern hab' ich's eingesehen, daß es die unmoralischeste Institution ist, jawohl! Die Ehe, das ist ein Wust, eine Gosse schmutziger Lügen, Gemeinheiten, infamster Heucheleien und Falschheiten! Das werden Sie doch nicht leugnen, was?" Er redete sich in immer heißeren Groll hinein.

„Ich werde es weder leugnen noch behaupten, weil mich das doch gar nichts angeht. Ihr ganzer Groll ist aber wohl auf eine persönliche Enttäuschung zurückzuführen, was?"

„Ich empfand es schon immer so, schon längst sehe ich klar."

„Warum heiratet Ihr eigentlich nicht?" fragte Borowiecki.

Murray wurde verlegen, schwieg eine Weile und lehnte seine glühende Stirn an die kühle Fläche einer Handpresse, die auf dem Tische stand.

„Einen zu großen Buckel hab' ich und zu wenig Geld. Wenn ich blind wäre, dumm, vom Krebs zerfressen, aber wenigstens ein Buchholz wäre, dann würde mir eine jede von euren Polinnen auf den Knien Liebe bis in den Tod schwören!" flüsterte er grollend.

„Ach so, also eine Polin hat Sie abgewiesen?" murmelte Borowiecki bösartig.

„Jawohl, eine Polin, also die Verkörperung der Dummheit, der Falschheit, der Launen, der bösen Instinkte, der . . ."

„Sie verfügen ja über einen reichen Wortschatz synonymer Ausdrücke," unterbrach ihn Borowiecki ironisch.

„Ich habe Sie um Ihre Bemerkungen nicht gebeten," zischte jener, mit den spärlichen Zähnen bleckend.

„Ich habe Sie auch nicht um ihre Vertraulichkeiten ersucht."

„Der Herr Rat lassen den Herrn Direktor bitten!" rief ein Arbeiter, den Kopf durch die Tür zum Laboratorium hereinsteckend.

Karl ging zu Buchholz.

Murray schämte sich seiner eigenen Heftigkeit, sie tat ihm etwas leid, trotzdem aber durchdrang ihn die Bitternis der Enttäuschung mit einem Groll gegen die ganze Welt und speziell gegen die Frauen. Deshalb ließ er in der Abteilung der Trockenfarben, wo einige Frauen arbeiteten, sich laut unterhielten und lachten, an ihnen seine ganze Wut aus. Eine von ihnen verprügelte er, die andern warf er sofort hinaus und schlenderte in der Fabrik herum, nach einer Gelegenheit suchend, um schreien und strafen und Arbeiter hinauswerfen zu können.

Buchholz saß in der Druckerei und sagte, Karl begrüßend:

„Knoll kommt Sonnabend. Kommen Sie zu mir, abends, nach oben."

„Gut; aber weshalb gehen Herr Rat aus, solche Anstrengungen können Ihnen schaden."

„Ich kann nicht mehr ruhig zu Hause sitzen, alles langweilt mich, ich brauche Bewegung."

„Ja, warum gehen dann der Herr Rat nicht irgendwo anders spazieren?"

„Ich bin heut' ausgefahren, das langweilt mich noch mehr; was gibt's Neues?"

„Die Arbeit geht wie gewöhnlich."

„Gut. Warum geht denn die Fabrik heut so still?" flüsterte er, erstaunt aufhorchend.

„Sie geht doch wie gewöhnlich!" erwiderte Borowiecki und verschwand in den Sälen.

Eine Zeitlang fing Buchholz mit dem Ohr das betäubende, monotone Getöse der Maschinen auf, das wie ein dröhnendes Sausen herüberklang, hörte aber nicht viel, weil er ganz unfähig war, seine Aufmerksamkeit durch irgend etwas zu fesseln. Bald wurde es ihm zu schwül und zu heiß in der Druckerei, er trat also vor die Fabrik heraus und setzte sich auf einen hervorstehenden Brunnenkasten am Teiche, in den die zu Wasser verdichteten verbrauchten Dämpfe abflossen.

Mit halbgeschlossenen Augen irrte er an den Umrissen seiner Fabriken einher, an den Reihen der braunen Waggons, die mit Kohle und Waren beladen in den Hof und unter die Magazine einliefen; an den in der Sonne glänzenden Dächern, an den Schornsteinen, die von der Sonne gerötete Rauchgarben ausspien, an den winzigen Silhouetten der Arbeiter, die unter den Magazinen herumhuschten und die Waggons schoben.

Nur mit großer Mühe konnte er in der von der Sonne durchsättigten und von Rauch und Kohlenstaub erfüllten Luft atmen.

Ein starker Husten packte ihn, er ging aber nicht nach Hause, denn im selben Augenblick befiel ihn eine seltsam angenehme Ohnmacht.

Mit ihrer ganzen frühlinglichen Pracht schien die Sonne, und ein weicher Wind wehte von den feuchten Feldern. Ueber der verrauchten, mit dem Getöse der Fabriken erfüllten Stadt und über den stillen, leeren Straßen hing die riesige himmelblaue Kuppel. Unablässig hallten die Fabriken vom Rhythmus der Arbeit wider.

Endlich erhob sich Buchholz und ging nach Hause. Es befiel ihn aber das Gefühl einer solchen Ohnmacht den riesigen Bauten gegenüber, diesen mächtigen Maschinen gegenüber und der Kraft dieses kolossalen Lebens der Fabrik, daß er sich kaum weiterschleppen konnte, und sich im Park noch einmal, mit unbewußtem Neid, nach den roten, riesigen, mit allen Fenstern glänzenden Bauten umschaute.

(Forts. folgt.)

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Gustav Pose

Kristianiastr. 117,
am 2. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Sept., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dom-Kirchhofes, Müllerstraße 72, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rohleger

Gustav Flechner

Wilmersdorf, Badensche Straße 31,
am 31. v. Mts. gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler

Franz Kiesewetter

Andreasstr. 35,
am 22. August gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Ernst Schmikalla

Schöneberg, Würzburger Straße 20,
am 20. August gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

117/16 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
Sitz Berlin. Gegr. 1905.

Am 2. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Frau

Helene Bernhardt

geb. **Hüttig.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet heute Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37 statt. 298/19

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband
der Bureauangestellten
Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Am 26. August verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Krankenkassengeschäftsführer

Paul Magnan

im 70. Lebensjahre.

Magnan hat unserem Verband fast 25 Jahre angehört und jederzeit reges Interesse für unsere Bestrebungen bekundet.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Schöneberg, Maxstr. 12/15, von der Leichenhalle aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

46/13 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler
und Portefeuiller.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler

Paul Hempel

(Firma H. Kaufmann)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städt. Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. 158/6

Die Ortsverwaltung.

Verband
der Bureauangestellten
Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 2. September unser langjähriges Mitglied, der Krankenkassenbeamte

Georg Bartels

im 57. Lebensjahre verstorben ist. 46/14

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Berlin-Weißensee, Röckestraße, statt.

Um rege Teilnahme bittet

Die Ortsverwaltung.

Die Nachtragsbekanntmachung des Oberkommandos in den Marken zu der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1917, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Segeltuchen, abgepaßten Segeln einschließlich Plektauen, Zelten (auch Zirkus- und Schaubudenzelten) Zeltüberdachungen, Markisen, Planen (auch Wagendecken), Theaterkulissen, Panoramaleinen, tritt mit ihrer Verkündung am 7. September 1918 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". (328. I. 4. 18. II. Ang.)

Berlin, den 7. September 1918.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 2 und 3 der Verordnung über die Abgabe und Entnahme von Fischen und Fischwaren vom 5. Juli 1918 wird für den Gemeindebezirk Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt Groß L der Berliner Bezugskarte entfällt ¼ Kilogramm Salzheringe.

2. Der Kleinhandelspreis für ½ Kilogr. Salzheringe wird durch Aushang bekannt gemacht.

3. Der Abschnitt der unter Nr. 1 erwähnten Karte ist in der Zeit vom 7. September bis 11. September nur in denjenigen Geschäften abzugeben, deren Zulassung zum Heringshandel durch ein gedrucktes Aushängeschild „Verkauf von Heringen auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin" gekennzeichnet ist. Der Abschnitt mit dem kleinen „1" dient als Quittung.

4. Die Kleinhändler haben die von ihnen abgenommenen Kartenabschnitte groß „L" gesichert gepackt, mit ihrem Namen sowie dem Namen des Großhändlers versehen und unter genauer Bezeichnung der Menge sofort an den Magistrat, Abteilung für Fischversorgung, Dircksenstr 45 IV einzureichen.

Jeder Kleinhändler hat, sobald die Ware zur Stelle ist, den Verkauf zu beginnen und den Verkaufsbeginn durch Anschlag an einer von außen sichtbaren Stelle anzuzeigen.

Berlin, den 5. September 1918.

Magistrat
Königl. Haupt- und Residenzstadt
Abteilung für Fischversorgung.
Lochning.

Tgb. Nr. 1967 Fisch 18.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 16. September 1918 ab dürfen

Kartoffeln

auf **Urlauberkarten** nur noch in folgenden Geschäften abgegeben und entnommen werden:

1.	Scharle	Buggenhagenstr. 8.
2.	Wildgrube	Elberfelder Str. 7.
3.	Schuch	Neue Hochstr. 21.
4.	Krug	Prinzen-Allee 3.
5.	Schneider	Wilhelmstr. 43.
6.	Schüler	Gneisenaustr. 88.
7.	Heiland	Dieffenbachstr. 29.
8.	Hinze	Alexandrinenstr. 98.
9.	Wallburg	Grenadierstr. 4a.
10.	Girbow	Michaelkirchstr. 26.
11.	Keil	Wiener Str. 31.
12.	Hellriegel	Beymestr. 25.
13.	Koop	Graudenzer Str. 16.
14.	Schmieger	Hufelandstr. 17.
15.	Wollschlaeger	Pappel-Allee 12/13.
16.	Kläge	Bornholmer Str. 92.
17.	Werner	Novalisstr. 3.
18.	Conrad	Steglitzer Str. 86.
19.	Manke	Demminer Str. 2.
20.	Strades	Griebenowstr. 21.
21.	Heinz	Kopenhagener Str. 46.
22.	Külow	Barnimstr. 39.
23.	Schlüter	Malplaquetstr. 13.
24.	Becker	Müllerstr. 156.
25.	Kaiser	Ebelingstr. 46.
26.	Hoppe	Grellstr. 18.

II.

In **denselben Geschäften** dürfen diejenigen, die nicht in eine Kundenliste für Kartoffeln eingetragen sind, die **3 Pfund Kartoffeln,** die auf Grund unserer Bekanntmachung vom 30. August 1918 **als Ersatz in der 2. fleischlosen Woche** ausgegeben werden, gegen Abtrennung des Abschnittes **66** der Groß-Berliner Lebensmittelkarte in der Zeit von **Freitag, den 6. September bis einschließlich Dienstag, den 10. September entnehmen.**

Berlin, den 5. September 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.

J.-Nr. 993 Kart. 18. **Wermuth.**

Am 2. September verstarb nach längerer Krankheit der Krankenkassenbeamte 269/17

Georg Bartels.

Derselbe hat während seiner 16jährigen Tätigkeit in unserer Verwaltung durch seine Aufrichtigkeit, Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit sich die volle Achtung seiner Vorgesetzten und Kollegen erworben.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand
und die
Beamten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.

Brennholzverkauf.

In der Deutschmeisterstraße, gegenüber der Kaserne, in der Möllendorfstraße ist ein zweiter städtischer Brennholzverkauf eröffnet. Verkaufszeit von 8—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags. 1853†

Ortskohlenstelle Berlin-Lichtenberg.

Entzückende Formen! Beste Felle! Gediegenste Kürschnerarbeit!
Pelzmäntel kurz **1200,** lang **1500, 1800** usw.
Gepreßte Sealplüschmäntel 350, 700 usw. Mohair Astrachan 350, 475 usw.
Herbst-Mantelkleider, beste Stoffe 185. 225 usw.
Kostüme
aus der Frühjahrs- und Sommerzeit!!
168, 190, 212 usw.
Impr. Seidenmäntel, nur bestes Fabrikat 225, 265 usw.
Stoff- und Seidenröcke 68, 90, 138 usw.
Westmann,
1. Geschäft: Berlin W, **Mohrenstraße 37a.**
2. Geschäft: Berlin NO, **Gr. Frankfurter Straße 115.**
Sonntags geschlossen.

Nach Halle a. S.
an die Firma **Ernst Funke** wendet sich der kluge und sparsame Radfahrer, denn dort erhält er die bekannte Patent-„Emivult"-Bereifung, deren Vorzüge sind: Elastischer Lauf wie auf Gummi. — Leicht, dauerhaft, geräuschlos. — Verdeckte, schmutzfreie Lagerung der Feder. — Von jedem in 10 Minuten aufzulegen. — Allseitig anerkannt. — Illustrierte Beschreibung u. Preis von der Firma **Ernst Funke,** Abt. 2, Halle a. S. 2, Georgstr. 15.

Spezialarzt
Dr. med. Haedicke
Haut-, Harn-, Geschlechtsl., Blutuntersuchg. Friedrichstr. 187-188 (a. d. Mohrenstraße, Untergrdb.) 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Vornehme und preiswerte
MÖBEL
Einrichtungen
finden Sie nach wie vor in großer Auswahl bei
B. FEDER
Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottbg., Scharrenstr. 5
Gegen bar
und zu erleichterten Zahlungsbedingungen
Herrenzimmer, Speisezimmer
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Salons, Farbige Küchen
in jeder gewünschten Holz- und Stilart
Weisslackierte Schlafzimmer

Möbel-Cohn
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48
Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer.
Riesen - Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung.

Möbel
Gelegenheitskauf
nur so lange Vorrat reicht
eich. Schlafzimmer, 130 cm Schrank mit Wäscheeinl. v. 1875 M. an
Küchen, äußerst stabil, mit Friedenslack gestrichen, von 875 M. an
Stubeneinrichtungen, nußbaum oder gestrich., v. 750 M. an
Einzelne Schränke, Vertiko, Ruhebetten zu sehr billigen Preisen. — Großes Lager —
Lagerung bis Oktober kostenlos
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Neugebauer
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 125, I,
Kein Laden.

Aderverkalkung, Schwindelanfälle
Herzbeklemmungen, Angst- und Schwächezustände.
Verlangen Sie ausführliche Gratis-Broschüre.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 130, Potsdamer Str. 104a.

Möbel-Gross
Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141
Im Norden: Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße
Möbel auf Kredit
oder **bar.**
Speise-, Wohn- u. Schlafzimmer
Bunte Küchen.
Einzel-**Möbel** jeder Art
zu billigen Preisen.
Lieferung frei Haus, auch nach auswärts.
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten
Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlhandlung
Joh. Pietsch Königsberger Straße 26/27
Photograph. Ateliers
Th. Wenzel Inh. O. Zaschke, Andreasstr. 26 a. Andreasplatz
Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11 „Verw.-Les. ach 5%".

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden
Drogen, Farben
Beuchendorf Neue Hochstr. 29 Inh. Schreibendorfer.
Fleisch- u. Wurstw.
Getschmanns Centr. Wiebertstr. 18.
Kolonialwaren
M. Saegebarth Strelitzer Str. 57
Möbelmagazine
Wiese & Co. Reinickendorfer Str. 37 Tischlermeister

Spezialarzt
Dr. med. Keeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. kons. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, fürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8. Sonnt. 11—1

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Sanit. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Barbarastr. 1a, Fernspr. Kgst. 13706
Bäder
Central-Bad Neukölln Aussengrüberstr. 28.
Diana-Bad Koppenstr. 90 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 66.
Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

Bandagen, Gummiw.
R. Baske, Stralauer Str. 56.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Bäcker- u. Konditoreien
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 14
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, [illegible] 21.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2081, 2082
Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 36, Ecke Prinzen-Allee.
Nähmaschinen
Bellmann, R., Gollnowstr. 36 Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen

Fleisch- u. Wurstw.
Otto Koppel, Alte Jacobstr. 26
Öfen, Gasherde, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Kühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seestr.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Reinickendorferstraße 44, Neukölln, Münstr. 53, Kaiser-Friedr. Str. 44, Weserstr. 169, Friedelstr. 25 Treptow, Graetz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichler Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, [illegible] 1a.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuser Str. 3, auch Gelegenheitskf.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Die deutsch-russischen Zusatzverträge.

Das politische Abkommen.

Erstes Kapitel.

Demarkations- und Grenzkommissionen.

Artikel 1. Für alle Fronten, an denen deutsche und russische Truppen einander gegenüberstehen, sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort deutsch-russische Kommissionen zur Festlegung von Demarkationslinien gebildet werden; das Nähere hierüber werden die beiderseitigen Truppenbefehlshaber vereinbaren.

Die Demarkationslinien sollen so gezogen werden, daß zwischen den beiderseitigen Fronten neutrale Zonen bestehen, die von den beiderseitigen Heeresangehörigen mit Ausnahme der Parlamentäre nicht betreten werden dürfen. Soweit zwischen den beiderseitigen Fronten nicht bereits ein geregelter Verkehr besteht, wird ein solcher von den Demarkationskommissionen eingerichtet werden.

Artikel 2. Die deutsch-russische Kommission zur Festlegung der im Artikel 8. Abs. 1 des Friedensvertrages vorgesehenen Grenzlinie soll auch die im Artikel 6 Abs. 2 dieses Vertrages vereinbarte Ostgrenze Estlands und Livlands genauer festlegen.

Nach der im Absatz 1 vorgesehenen Festlegung der Ostgrenze Estlands und Livlands wird Deutschland **das von ihm besetzte Gebiet östlich dieser Grenze unverzüglich räumen.**

Artikel 3. Deutschland wird das von ihm besetzte Gebiet östlich der Beresina **nach Maßgabe der Barzahlungen,** die Rußland nach Artikel 2 des Deutsch-Russischen Finanzabkommens vom heutigen Tage zu leisten hat, **schon vor Abschluß des allgemeinen Friedens** räumen; die näheren Bestimmungen hierüber, insbesondere die Festsetzung der einzelnen zu räumenden Abschnitte bleiben der im Artikel 2 Abs. 1 dieses Ergänzungsvertrags erwähnten Kommission überlassen.

Die vertragschließenden Teile behalten sich vor, wegen der vor Abschluß des allgemeinen Friedens zu bewirkenden Räumung des Besetzungsgebiets westlich der Beresina nach Maßgabe der Erfüllung der übrigen von Rußland übernommenen finanziellen Verpflichtungen weitere Vereinbarungen zu treffen.

Zweites Kapitel.

Loslösungsbestrebungen im Russischen Reiche.

Artikel 4. **Deutschland wird sich, soweit nicht im Friedensvertrag oder in diesem Ergänzungsvertrag ein Anderes bestimmt ist, in die Beziehungen zwischen dem Russischen Reiche und seinen Teilgebieten in keiner Weise einmischen, also ins besondere die Bildung selbständiger Staatswesen in diesen Gebieten weder veranlassen noch unterstützen.**

Drittes Kapitel.

Nordrussische Gebiete.

Artikel 5. Rußland wird alsbald alle verfügbaren Mittel anwenden, um in Wahrung seiner Neutralität **die Entente-Streitkräfte aus den nordrussischen Gebieten zu entfernen.**

Deutschland übernimmt die Gewähr dafür, daß während dieser Operationen von finnischer Seite irgendwelche Angriffe auf russisches Gebiet, insbesondere auf St. Petersburg, nicht erfolgen.

Artikel 6. Nach Räumung der nordrussischen Gebiete seitens der Entente-Streitkräfte werden die örtliche russische Küstenschiffahrt innerhalb der 3 Meilen Grenze der Nordküste sowie die Segelfischerei innerhalb eines Streifens von 30 Meilen entlang dieser Küste von der Sperrgebietsdrohung ausgeschlossen werden. Die Organe der deutschen Seekriegsleitung werden in einer noch näher zu vereinbarenden Weise Gelegenheit erhalten, sich davon zu überzeugen, daß diese Vergünstigung nicht zur Beförderung von Bannware mißbraucht wird.

Viertes Kapitel.

Estland, Livland, Kurland und Litauen.

Artikel 7. **Indem Rußland den in Estland und Livland bestehenden tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, verzichtet es auf die Staatshoheit über diese Gebiete sowie auf jede Einmischung in deren innere Verhältnisse. Ihr künftiges Schicksal wird im Einvernehmen mit ihrer Bevölkerung bestimmt werden.**

Aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland werden Estland und Livland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Artikel 8. Zur **Erleichterung des russischen Handelsverkehrs** über Estland, Livland, Kurland und Litauen wird nachstehendes vereinbart:

§ 1. In Estland, Livland, Kurland und Litauen soll **der Durchgangsverkehr von Waren nach und von Rußland auf den Zollstraßen völlig frei sein,** ohne daß die durchzuführenden Waren irgendwelchen Durchgangsabgaben oder allgemeinen Transportsteuern unterworfen werden dürfen.

§ 2—3, sowie 5 enthalten ausführliche technische Einzelbestimmungen.

§ 4. **Rußland soll bei Reval, Riga und Windau zweckmäßig belegene Freihafengebiete zugewiesen erhalten,** in denen die Lagerung und Umpackung der aus Rußland eintreffenden oder für Rußland bestimmten Waren ungehindert stattfinden und die Abfertigung des Austritts aus dem russischen Zollgebiet und des Eintritts in dasselbe durch russische Beamte stattfinden kann.

Artikel 9. Das Wasser des Peipussees darf nach keiner Seite dergestalt künstlich abgeleitet werden, daß eine Senkung des Wasserspiegels eintritt. Auch darf auf diesem See keine Raubwirtschaft in Ansehung des Fischbestandes betrieben werden; eine nähere Vereinbarung hierüber bleibt vorbehalten.

Die Wasserkräfte der Narowa sollen auch für die Elektrizitätsversorgung des Petersburger Gouvernements nach Maßgabe einer darüber zu treffenden besonderen Abmachung tunlichst nutzbar gemacht werden.

Artikel 10. In Ansehung Estlands, Livlands, Kurlands und Litauens sollen mit Rußland unter anderem Vereinbarungen über folgende Punkte getroffen werden:

1. über die Staatsangehörigkeit der bisherigen russischen Bewohner dieser Gebiete, wobei ihnen jedenfalls ein Options- und Abzugsrecht gewährt werden muß;
2. über die Herausgabe des in Rußland befindlichen Eigentums von Angehörigen dieser Gebiete, insbesondere von öffentlich-rechtlichen Verbänden, Anstalten und Stiftungen, sowie des in den Gebieten befindlichen Eigentums russischer Staatsangehörigen;
3. über die Auseinandersetzung wegen des Vermögens der durch die neuen Grenzen zerschnittenen Kommunalbezirke;
4. über die Auseinandersetzung wegen der Archive, wegen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, wegen der Gerichts- und Verwaltungsdepots sowie wegen der Personenstandsregister;
5. über die Behandlung der neuen Grenzen;
6. über die Wirkung der Gebietsveränderungen auf die Staatsverträge.

Fünftes Kapitel.

Russische Schwarzmeergebiete mit Ausnahme Kaukasiens.

Artikel 11. Deutschland wird, vorbehaltlich der Bestimmungen im Artikel 12, die von ihm besetzten russischen Schwarzmeergebiete außerhalb Kaukasiens nach der Ratifikation des zwischen Rußland und der Ukraine abzuschließenden Friedensvertrags räumen.

Artikel 12. Die Teile des Besetzungsgebiets, die nicht zu dem im dritten ukrainischen Universal vom 7. November 1917 erwähnten Gebiete gehören, werden von den deutschen Streitkräften spätestens beim Abschluß des allgemeinen Friedens geräumt werden, sofern bis dahin der Friede zwischen Rußland und der Ukraine nicht zustande gekommen sein sollte.

Die Räumung der Eisenbahnlinie Rostow—Woronesch sowie des östlich davon gelegenen Besetzungsgebiets und eines westlich davon gelegenen angemessenen Grenzstreifens mit Einschluß der Stadt Rostow wird erfolgen, **sobald dies russischerseits verlangt** werden wird. Bis zur Räumung wird Deutschland auf dem im Besetzungsgebiet gelegenen Teile dieser Bahn die Beförderung von Getreide und anderen Waren für die russische Regierung unter Aufsicht russischer Beamten zulassen; das Gleiche gilt für die im Besetzungsgebiet gelegenen Teile der Eisenbahnlinien Taganrog—Rostow und Taganrog—Kursk während der Dauer der Besetzung.

Solange das Donezbecken gemäß Artikel 11, Artikel 12 Abs. 1 durch deutsche Truppen besetzt bleibt, erhält Rußland von den dort geförderten Kohlenmengen monatlich eine dreifach größere Tonnenzahl, als es gemäß Artikel 14 Abs. 2 aus dem Bakugebiet Rohöl oder Rohölprodukte an Deutschland überläßt, und eine vierfache größere Tonnenzahl für die darunter befindlichen Benzinlieferungen; soweit die Kohlenförderung im Donezbecken hierzu nicht ausreicht oder für andere Zwecke verwendet werden muß, wird sie durch deutsche Kohlen ergänzt werden.

Sechstes Kapitel.

Kaukasien.

Artikel 13. Rußland erklärt sich damit einverstanden, daß Deutschland Georgien als selbständiges Staatswesen anerkennt.

Artikel 14. Deutschland wird keiner dritten Macht bei etwaigen militärischen Operationen in Kaukasien außerhalb Georgiens oder der im Artikel IV Abs. 3 des Friedensvertrages erwähnten Bezirke Unterstützung leisten. Auch wird es dafür eintreten, daß in Kaukasien Streitkräfte einer dritten Macht die nachstehende Linie nicht überschreiten: Kura von der Mündung bis zum Orte Petropawlowskoje, von da an Grenze des Kreises Schemacha bis zum Orte Agrioba, weiter gerade Linie bis zu dem Punkte, wo sich die Grenzen der Kreise Baku, Schemacha und Kuba treffen, dann Nordgrenze des Kreises Baku bis zum Meer.

Rußland wird **im Bakugebiet** die Gewinnung von Rohöl und Rohölprodukten nach Kräften fördern und von den gewonnenen Mengen ein Viertel, jedoch monatlich mindestens eine noch zu vereinbarende bestimmte Tonnenzahl, an Deutschland überlassen; soweit die im Bakugebiet gewonnenen Mengen zur Lieferung dieser Tonnenzahl nicht ausreichen oder für andere Zwecke verwendet werden müssen, werden sie durch anderwärts gewonnene Mengen ergänzt werden. Der Kaufpreis wird auf den Preis der gemäß Artikel 12 Abs. 3 an Rußland zu überlassenden Kohlenmengen und im übrigen auf die gemäß Artikel 3 § 2 des Deutsch-Russischen Finanzabkommens vom heutigen Tage russischerseits an Deutschland zu liefernden Warenbeträge verrechnet.

Siebentes Kapitel.

Behandlung der nach Friedensschluß von deutschen Streitkräften beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe und russischen Vorräte.

Artikel 15. Deutschland erkennt das **Eigentum Rußlands** an den nach der Ratifikation des Friedensvertrages von deutschen Streitkräften **beschlagnahmten russischen Kriegsschiffen an,** vorbehaltlich der Auseinandersetzung Rußlands mit der Ukraine und Finnland über das Staatsvermögen des ehemaligen russischen Kaiserreichs.

Die beschlagnahmten Kriegsschiffe bleiben bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens unter deutscher Aufsicht.

Artikel 16. Deutschland erkennt den Anspruch Rußlands auf Vergütung für die russischen Vorräte an, die nach Friedensschluß außerhalb der Ukraine und Finnlands von deutschen Streitkräften beschlagnahmt worden sind. Diese Vergütung wird bei der Auseinandersetzung über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands und Rußlands aus dem Zusatzvertrag zum Friedensvertrag verrechnet.

Achtes Kapitel.

Schlußbestimmungen.

Artikel 17. Dieser Ergänzungsvertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen bis zum 6. September 1918 in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Das Finanzabkommen.

Artikel 2. **Rußland wird zur Entschädigung der durch russische Maßnahmen geschädigten Deutschen unter Berücksichtigung der entsprechenden russischen Gegenforderungen und unter Anrechnung des Wertes der nach Friedensschluß von deutschen Streitkräften in Rußland beschlagnahmten Vorräte einen Betrag von 6 Milliarden Mark an Deutschland zahlen.**

Artikel 3. Die Bezahlung der im Artikel 2 erwähnten 6 Milliarden Mark erfolgt in nachstehender Weise.

§ 1. Ein Betrag von 1½ Milliarden Mark wird durch Ueberweisung von **245 564 Kilogramm Feingold und 545 440 000 Rubel in Banknoten,** und zwar 363 628 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel, 181 812 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel, bezahlt werden.

Die Ueberweisung erfolgt **in fünf Teilbeträgen,** nämlich:

1. einem am **1. September 1918** zu zahlenden Betrage von 42 860 Kilogramm Feingold und 90 909 000 Rubel in Banknoten, und zwar 60 600 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel, 30 300 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel,
2. vier am **30. September, 31. Oktober, 30. November** und **31. Dezember 1918** zu zahlenden Beträgen von je 50 676 Kilogramm Feingold und 113 635 000 Rubel in Banknoten, und zwar 75 757 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel, 37 878 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel.

Die Teilbeträge sind in Orscha oder Pskow den Beauftragten der deutschen Regierung zu übergeben; die Beauftragten werden beim Empfang eine vorläufige Quittung ausstellen, die nach Abschluß der Prüfung und Zählung des Goldes und der Noten durch eine endgültige Quittung ersetzt werden soll

§ 2. Ein Betrag von 1 Milliarde Mark soll **durch Lieferung russischer Waren** nach Maßgabe der darüber zu treffenden besonderen Vereinbarung getilgt werden. Die Waren sind im Werte von je 50 Millionen Mark bis zum 15. November und 31. Dezember 1918, im Werte von je 150 Millionen Mark bis zum 31. März, 30. Juni, 30. Sptember und 31. Dezember 1919, im Werte von 300 Millionen Mark bis zum 31. März 1920 zu liefern; soweit die Lieferungen bis zu diesen Terminen nicht erfolgen können, würde der jeweils fehlende Betrag alsbald entweder in deutschen Reichsbanknoten zum Nennwert oder in Feingold und Rubelnoten nach dem Verhältnis drei zu zwei, und zwar zu einem jeweils festzusetzenden Kurse, zu begleichen sein.

§ 3. Ein **Betrag von 2½ Milliarden Mark** wird bis zum 31. Dezember 1918 durch Uebergabe von Titeln einer vom 1. Januar 1919 an mit 6 vom Hundert verzinslichen und mit ½ vom Hundert zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgenden **Anleihe** beglichen werden, die von der russischen Regierung im Nennbetrag der bezeichneten Summe in Deutschland aufgenommen wird, und deren Bedingungen als Bestandteil dieser Vereinbarung gelten sollen.

Als Sicherheiten für die im Absatz 1 bezeichnete Anleihe sollen bestimmte Staatseinnahmen, insbesondere auch die Pachtgebühren für gewisse an Deutsche zu erteilende wirtschaftliche Konzessionen haften; die Sicherheiten sind im einzelnen durch eine besondere Vereinbarung festzusetzen, dergestalt, daß die veranschlagten Jahreseinkünfte aus ihnen den Jahresbetrag der Verzinsung und Tilgung um mindestens 20 vom Hundert übersteigen.

§ 4. Wegen des Restbetrags von 1 Milliarde Mark bleibt, soweit seine Zahlung nicht mit Zustimmung Deutschlands von der Ukraine und Finnland bei ihrer Vermögensauseinandersetzung mit Rußland übernommen wird, eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 4—6 betrifft Entschädigung für in Rußland befindliche Vermögensgegenstände von Deutschen, die vor dem 1. Juli 1918 zugunsten des Staates oder einer Gemeinde enteignet worden sind.

Zweites Kapitel

betrifft die Herausgabe der beiderseitigen Bankdepots und Bankguthaben.

Drittes Kapitel.

Ausgleich gewisser Verschiedenheiten der beiderseitigen Wirtschaftssysteme.

Artikel 11. Vermögensgegenstände von Deutschen werden künftig in Rußland nur dann enteignet oder sonst der Verfügungsmacht des Eigentümers entzogen werden, wenn die Enteignung oder sonstige Entziehung auf Grund einer für alle Landeseinwohner und Angehörigen eines dritten Landes und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung zugunsten des Staates oder einer Gemeinde erfolgt und der Eigentümer **sofort in bar entschädigt wird.**

Artikel 12—14 regeln diese Frage im Einzelnen.

Artikel 15. Die deutsch-russische Nachlaßkonvention vom 12. November 1874 bleibt mit den Maßgaben in Kraft, daß in Ansehung aller seit der Neuordnung des Erbrechts in Rußland eingetretenen Erbfälle die für bewegliches Eigentum vorgesehenen Bestimmungen auch für unbewegliches Eigentum gelten, daß von der Erbschaft **eine Steuer nur vom Heimatstaat des Erblassers erhoben werden darf, und daß, solange in Rußland das** Erbrecht abgeschafft oder wesentlich eingeschränkt ist, eine Kündigung der Konvention nicht erfolgen kann.

Das Privatrechtsabkommen

regelt im

ersten Kapitel die Rechtsverhältnisse aus Wechseln und Schecks;
im zweiten Kapitel die Rechtsverhältnisse aus Valutageschäften;
im dritten Kapitel gewerbliche Schutzrechte;
im vierten Kapitel Verjährungsfristen.

Fünftes Kapitel.

Schiedsgerichte für zivil- und handelsrechtliche Streitigkeiten.

Artikel 18. Zivil- und handelsrechtliche Streitigkeiten zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen können nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen der Zuständigkeit der nationalen Gerichte entzogen und der Entscheidung von Schiedsgerichten unterbreitet werden.

Artikel 19. Die Schiedsgerichte in Berlin und Moskau werden wie folgt gebildet:

Deutschland und Rußland ernennen für jedes Schiedsgericht je einen Richter und einen Stellvertreter. Die Dänische Regierung wird gebeten werden, aus der Zahl ihrer Staatsangehörigen gleichfalls für jedes Schiedsgericht einen Richter und einen Stellvertreter zu ernennen.

Die weiteren Artikel regeln das **Rechtsverfahren** im einzelnen.

Versenkungen. Berlin, 6. September. Unsere Mittelmeer-Unterseeboote versenkten 13 000 B.-R.-To. Schiffsraum.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der englische Schiffsbau. London, 5. September. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit, daß im Vereinigten Königreich im Monat August 124 675 To. Schiffsraum fertiggestellt wurden, gegen 141 948 To. im Juli. — In den zwölf Monaten bis zum 31. August wurden 1 512 540 To. Schiffsraum hergestellt. Der Generalkontrolleur für die Handelsschiffahrt schreibt die verminderte Erzeugung im August der in den Schiffswerften herrschenden Influenza und dem Umstande zu, daß die Ereignisse an der Westfront eine Vermehrung des geschulten Personals in den Werften verhinderten. Er glaubt aber, daß sehr bald die Möglichkeit bestehen wird, die Bautätigkeit für die Kriegsmarine einzuschränken und daß dann mehr geschultes Personal für den Bau von Handelsschiffen verfügbar sein würde, sodaß die Erzeugung gegen Ende dieses Jahres erheblich zunehmen werde.

Von deutscher Seite wird hierzu geschrieben: Das Bauergebnis betrug im Mai 197 274 To., im Juni 134 159 To.; man sieht also einen beträchtlichen und steigenden Rückgang. Um das im englischen Weißblatt vom 23. Mai 1918 vorausgesagte Jahresergebnis von 1,8 Millionen Brutto-Register-Tonnen zu erreichen, müßten in England in jedem der letzten 4 Monate des Jahres über 50 Proz. mehr gebaut werden, als im August.

Die Verhandlungen der Alandskommission sind bis 16. September vertagt worden. Dann sollen sie in Stockholm wieder tral verhalten.

Letzte Nachrichten.

Schweden und der Frieden.

Stockholm, 6. September. Am Donnerstag empfing der schwedische Staatsminister Eden eine Abordnung der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung, die um die Mitwirkung der Regierung bei der Initiative zur Einleitung von Friedensverhandlungen bat. Der Staatsminister wies auf seine frühere Erklärung hin und betonte die Bereitwilligkeit der schwedischen Regierung, nach ihren Kräften am Zustandekommen des Friedens mitzuwirken, **doch sei es vollkommen aussichtslos, sich zu diesem Zwecke an die kriegführenden Mächte zu wenden.** Dagegen wurden bei den skandinavischen Ministerzusammenkünften Erwägungen über die Zusamenberufung einer Konferenz zwischen den neutralen Staaten zur Wahrnehmung von deren Interessen bei und nach rFiedensschluß angestellt. Auf einer solchen Konferenz dürfte es ihre Hauptaufgabe sein, soweit das für die Neutralen möglich ist, die Arbeit für den Wiederaufbau der internationalen Rechtsordnung auf sicherem Grunde und für die Befestigung der Dauerhaftigkeit des Friedens vorzubereiten. Der Staatsminister teilte mit, daß durch Verhandlungen, die in letzter Zeit zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark geführt wurden, der Gedanke einer neutralen Konferenz einen bedeutenden Fortschritt gemacht habe, und sprach die Hoffnung aus, derselbe möchte auch Anschluß bei anderen neutralen Ländern finden.

Brand eines Gebäudes der A. E. G.

Gestern abend um ½9 Uhr geriet aus noch unbekannten Gründen der an der Hussitenstraße nahe dem Humboldthain gelegene große Schuppen der A. E. G. in Brand. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf den Schuppen zu beschränken, der jedoch selbst niederbrannte. Der Brand wird keine Betriebseinstellung zur Folge haben. Der Verkehr in der Hussitenstraße mußte zeitweilig gesperrt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnvereinbarung im Holzgewerbe.

Am 2. September tagten in Berlin die Vertreterversammlungen der Arbeitgeber des Holzgewerbes und des Holzarbeiter-Verbandes, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen über neue Teuerungszulagen für die Holzarbeiter, die am 19. bis 21. August in Nürnberg zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgefunden hatten. Das Resultat dieser Verhandlungen ging dahin, daß den Arbeitern über 18 Jahre eine neue Zulage von 10 bis 15 Pf. ab 19. August und weitere 10 Pf. ab 1. Dezember dieses Jahres zu zahlen sind, während die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren 10 bis 12 Pf. Zulage an den beiden Terminen erhalten sollten.

Diese Zugeständnisse der Unternehmer entsprechen bei weitem nicht den Wünschen und Forderungen der Holzarbeiter, insbesondere hatten diese in Anbetracht der ungeheuerlichen und unausgesetzt steigenden Preise für alle Lebensbedürfnisse wesentlich höhere Zulagen erwartet. Weiter hatten sie sich bereit erklärt, die vertraglichen Lohnbestimmungen der Tarifverträge den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen beider Teile mehr als bisher anzupassen, und ebenso verlangten sie in den Fragen der Arbeitszeit, Akkordarbeit, Ueberstunden, Montagearbeiten usw. zeitgemäße Neuerungen.

All diesen Forderungen setzten die Unternehmer den entschiedensten Widerstand entgegen, es war mit ihnen zu keinem befriedigenden Resultat zu kommen. Aus diesem Grunde und weil auch die materiellen Zugeständnisse ganz ungenügend waren, lehnten die Arbeitervertreter in der Verhandlung die endgültige Zustimmung zu dem Angebot der Unternehmer ab. Die Entscheidung hierüber sollte den Vertretern der Mitglieder vorbehalten bleiben.

Die Aussprache auf der Städtekonferenz der Holzarbeiter am 2. September war demnach auch von dem schärfsten Unwillen über das geringe Entgegenkommen der Unternehmer beherrscht und fast alle Redner ohne Ausnahme wandten sich entschieden gegen den Abschluß einer solchen Vereinbarung, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nur in so ungenügendem Maße Rechnung trägt. Allseitig wurde die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Arbeitgeberkommission verlangt, um die Zulagen wenigstens annähernd so zu erhöhen, daß sie den aufgestellten Forderungen einigermaßen entsprechen würden. Ebenso bildete die ablehnende Haltung der Unternehmer in den obenbezeichneten Nebenfragen ein starkes Hindernis für die Zustimmung zu der Vereinbarung. Das endgültige Scheitern der Verhandlungen würde nicht nur die für alle Holzarbeiter in den Vertragsorten gebotenen Zulagen, sondern auch den Bestand der Tarifverträge und damit ein beträchtlich Stück Lebensarbeit der Organisation in Frage stellen.

Wenn es denn eben nicht anders geht, werden die Holzarbeiter auch ohne Tarifvertrag fertig werden, vielleicht sind es aber andere Leute, denen später einmal der vertragslose Zustand schlecht bekommen könnte.

Die ungenügende Höhe der Zulagen, die Teilung derselben auf zwei Termine, wodurch die Wirkung einer augenblicklichen Hilfe gegen die Not arg eingeschränkt wird, und ferner die Bestimmung, daß vor dem 1. April 1919 neue Forderungen nicht erhoben werden dürfen, übten auf die Städtekonferenz der Holzarbeiter einen solch deprimierenden Einfluß aus, daß am Schluß der Beratung trotz der empfehlenden Haltung des Verbandsvorstandes und der Verhandlungskommission eine starke Minderheit gegen den Abschluß der Vereinbarung votierte. Mit 61 gegen 30 Stimmen erklärte sich die Konferenz schließlich für die Annahme derselben.

Es wurde aber vom Verbandsvorstand verlangt, daß er nochmals mit der Vertretung der Unternehmer wegen der Abänderung bestimmter Punkte in Verbindung zu treten habe.

Die Erbitterung der Arbeiter und ihre berechtigten Forderungen sind nur allzusehr begründet, als daß sie sich weiterhin mit derartigen minimalen Zugeständnissen nach Hause schicken ließen. Das kann als das feststehende Resultat dieser Bewegung der Holzarbeiter unbedingt konstatiert werden.

Der ausgehaltene Werkverein.

Der gelbe „Werkverein“ wendet sich in seiner jüngsten Nummer gegen die in unserem Artikel „Gelber Humbug“ (Nr. 229) enthaltene Bemerkung: „Der in der Hauptsache von Krupp unterhaltene ‚Gewerkverein‘ ..“ — Der „Werkverein“ bezeichnet diese Bemerkung als „unsinnige, lügenhafte Behauptung“. Die Aussagen in dem Prozeß gegen die M.-Gladbacher „Westd. Arb.-Ztg.“ müßten dem „Vorwärts“ genügen, solche „Lügen“ zu unterlassen; sonst droht der „Werkverein“ auch uns mit dem Kadi.

Der Prozeß in M.-Gladbach, dessen Einzelheiten uns nicht bekannt sind, war, wie wir aus dem „Werkverein“ ersehen, 1912. Vor uns liegt der Wortlaut eines allerdings nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Briefs des Dr. Bovenschen von der Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und darin steht dieser Satz: „Der ‚Werkverein‘ wird dabei in der Hauptsache von Krupp ausgehalten.“ Der Brief trägt das Datum des 28. Februar 1913. Das ist natürlich kein „Beweis“, aber man sollte denken, daß Dr. Bovenschen vom Reichsverband, der zu den Erzeugern der gelben Verbände gehört, Bescheid wüßte. Vor uns liegt noch ein Schriftstück, das vom 29. April 1914 datiert ist, vom „Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ ausgeht und an die Vereine des Provinzialverbandes gerichtet ist. Es handelt sich also um diejenigen Gelben, deren Zeitung der „verleumdete“ „Werkverein“ ist. In diesem Rundschreiben heißt es:

> „Vom Kaiserlichen Statistischen Amt ist an die Werkvereine ein Fragebogen gerichtet worden, in dem auch gefragt wird, wieviel neben den eigenen Beiträgen der Mitglieder an Beiträgen von anderer Seite, insbesondere von der Werksleitung, dem Verein zugeflossen sind.
>
> Wir haben bekanntlich nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir Beiträge von seiten des Werkes als eine Selbstverständlichkeit betrachten, die in den Verhältnissen ihre Rechtfertigung findet. Es ist aber nicht erforderlich, daß die Höhe dieser Beiträge zur Debatte gestellt wird. Wir empfehlen Ihnen deshalb, wenn Sie den Fragebogen ausfüllen, nur die Gesamteinnahmen Ihres Vereins anzugeben, jegliche Spezifikation der Einnahmen aber zu unterlassen.“

Jedes weitere Wort würde die Wirkung dieses Dokuments abschwächen.

Der „Werkverein“ hat an dem Kopf jeder Nummer stehen: „Der Werkverein ist Eigentum der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung, zu deren Förderung auch seine Ueberschüsse dienen.“ — Ueberschüsse, bei einem Blättchen, das vierteljährlich 80 Pf. kostet? Man betrachte sich nun die letzte Seite einer beliebigen Nummer des „Werkvereins“ und man hat des Rätsels Lösung: Auf der vierten Seite steht seit Jahr und Tag in jeder Nummer ein großes Inserat von Krupp; darin werden den wirtschaftsfriedlichen Arbeitern empfohlen: Schiffssteven in den größten Abmessungen, Stahlgußkurbelwellen, Turbinenteile aller Art, Schiffsanker, überhaupt aller Bedarf für Eisenbahn, Schiffbau, Lokomotiv- und Maschinenfabriken, Walzwerke usw. Ein ebenso großes Inserat hat in jeder Nummer das große Werk von Gebrüder Stumm, also die Firma, deren Name für alle Zeiten mit der ärgsten Scharfmacherei und Arbeiterknechtung verknüpft bleibt. Die Mannesmann-Röhrenwerke, das Eisen- und Stahlwerk Haniel u. Lueg in Düsseldorf, die Maschinenfabrik Schieß, die Rheinische Metallwarenfabrik, die Dortmunder Union, das Oberbilker Stahlwerk, das Stahlwerk Ohligs, Talbot in Aachen, dann eine Anzahl Großunternehmer im Hoch- und Tiefbau haben fast in jeder Nummer große Anzeigen, aber nicht, um Arbeitskräfte zu suchen, sondern um den „Werkverein“ — auszuhalten. Denn die Interessenten, die Walzwerkserzeugnisse, Lokomotiven, Schiffsmaterial usw. kaufen wollen, sehen sich nicht vorher den Anzeigenteil des — „Werkvereins“ an, sondern die Spezialpresse für diese Dinge.

Und ist vielleicht auch das keine Unterstützung des „Werkvereins“ durch das Unternehmertum, wenn dies Blatt die Arbeitgeber anbettelte, ihnen zu ermöglichen, wie bisher „den Kampf gegen die Streikgewerkschaften auf breiter Grundlage“ zu führen und dem „Werkverein“, „wie dies von seiten fast aller übrigen Arbeitgeber geschehen ist, auch fernerhin in unseren Bestrebungen beizustehen und unsere Zeitung den Arbeitern Ihres Werks zunächst für ein Vierteljahr zugehen zu lassen“?

Wir denken, daß das gelbe Papier an diesen Beweisen genug haben wird. Da wir auch für die Folge von der großen deutschen Oeffentlichkeit ernst genommen sein möchten, so können wir dem „Werkverein“ den Gefallen nicht tun, seine Hinweis auf die „Stellungnahme“ des Bundestages zu Hannover zur Streikfrage für bare Münze zu nehmen. An diesen Humbug glauben nicht mal die — „Inserenten“ des „Werkverein“.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1917.

Es geht wieder aufwärts auch in dieser, in den letzten Friedensjahren drittgrößten deutschen Gewerkschaftsorganisation. Das beweist der Jahresbericht des Vorstandes, der in dem soeben erschienenen Jahrbuch veröffentlicht ist. Durch eine gewaltige Agitationsarbeit in 15 835 Versammlungen und Zusammenkünften wurden 28 744 neue Mitglieder gewonnen, 18 418 mehr als im Jahre 1916. Der Mitgliederverlust beträgt 16 029 und 6853 Mann zum Heeresdienst. Die Mitgliederzahl stieg von 58 597 auf 64 725. Zum erstenmal seit Gründung des Verbandes überwiegt die Zahl der weiblichen Neuaufnahmen die der männlichen, an ersteren sind 14 985, an letzteren 14 027 zu verzeichnen. Der Krieg hat der Frauenarbeit auch in diesem Gewerbe in weitestem Umfange Bahn gebrochen, wir finden jetzt unter den Mitgliedern des Verbandes weibliche Lagerarbeiter, Packer, Hausdiener, Markthelfer, Fahrstuhlführer, Einkassierer, Kutscher, Mitfahrer, Bierfahrer, Kellerarbeiter, Speditions- und Speichereiarbeiter, Kohlenarbeiter und Hafenarbeiter, Kaiarbeiter und Kranführer, Straßenbahnführer und Schaffner, Postaushelfer und noch andere Branchen mehr.

Das Jahr 1917 war für den Verband ein Jahr intensivster Arbeit für die wirtschaftliche Besserstellung der Berufsgenossen. Nicht weniger als 1206 Lohnbewegungen wurden in 8648 Betrieben für 109 878 Beteiligte geführt.

Von allen Bewegungen ist nur eine einzige gänzlich erfolglos geblieben, alle anderen Bewegungen haben zum größeren Teile mit vollem, zum kleineren Teile mit teilweisem Erfolg geendet. Dieser glänzende und seit Bestehen der Organisation einzig dastehende Abschluß der Lohnbewegungen ist nächst der strammen und ausdauernden Arbeit der Mitglieder den Arbeiterschutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu danken, die in kritischen Fällen immer die Möglichkeit boten, selbst die hartgesottensten Unternehmer vor die Kriegsausschüsse und Schlichtungskommissionen zu zitieren und sie dort zu Verhandlungen zu zwingen. Die wöchentlichen Lohnzulagen bewegten sich 1917 bis zur Höhe von 42 M. pro Woche. Die Bewegungen des Jahres 1917 haben außerdem für 5083 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um ½ bis 6 Stunden pro Woche gebracht. Dann für rund 47 000 Personen die Erhöhung der Bezahlung für Ueberstunden bis 50 Proz. Entschädigung für Sonntagsarbeit für 20 000 Personen. Dazu kommt eine ganze Reihe kleinerer Vorteile.

Dank der geringen Ausgaben für Lohnbewegungen konnten sich auch die Finanzen des Verbandes etwas erholen. Trotzdem durch die Hauptkasse 858 416 M. in den verschiedenen Unterstützungsarten an die Mitglieder zurückgezahlt wurden, konnte ein Vermögenszuwachs von 107 118 M. erzielt werden. Die Hauptkasse des Verbandes verfügte am Schlusse des Jahres 1917 über einen Kassenbestand von 1 152 693 M., die Ortskassen über einen solchen von insgesamt 484 136 M. Das sind Mittel, die allerdings stark vermehrt werden müssen, sollen die Transportarbeiter für die sicher eintretenden großen Lohnkämpfe in kommender Friedenszeit genügend gerüstet sein.

Der Zentralverband der Sattler hatte am Schlusse des zweiten Vierteljahrs 1918 einen Bestand von 8313 männlichen und 7440 weiblichen Mitgliedern. Von diesen 15 753 Mitgliedern wurden 14 201 voll beschäftigt, während 871 mit einer kürzeren Arbeitszeit vorlieb nehmen mußten. In dem Quartalsbericht kommt zum Ausdruck, daß momentan von einem gewissen Stillstand in der Organisation gesprochen werden könne, was in erster Linie auf die mindere Beschäftigung in der Lederausrüstungsindustrie zurückzuführen sei. In einer ganzen Reihe von Orten, namentlich in Norddeutschland und Sachsen, haben Entlassungen stattgefunden.

Die Firma L. M. Barschall sendet uns mit Bezug auf unsere Notiz in Nr. 242 „Auf längere Krankheit folgt Entlassung“ eine Zuschrift, worin betont wird, daß die Entlassung des vermutlichen Briefschreibers deshalb erfolgt sei, weil derselbe sich in seiner Tätigkeit wiederholt große Nachlässigkeiten habe zuschulden kommen lassen. Handtücher zu liefern sei sie außerstande, da der Handtuchlieferant die Lieferung eingestellt habe. Seife habe die Firma soweit wie möglich beschafft und dem Personal zur Verfügung gestellt. In die Buchbinderkasse einzutreten sei jeder Buchdrucker verpflichtet, da die Firma gezwungen sei, alle Leute in dieser Kasse anzumelden, weil der Buchbindereibetrieb der größere sei. Im übrigen käme die Firma ihren Leuten in jeder Weise entgegen, was am besten daraus hervorgehe, daß sie während des ganzen Sommers den Sonnabendnachmittag frei gebe, und zwar ohne jeden Lohnabzug. Die Firma tue das, um den Leuten Gelegenheit zu geben, sich bei den augenblicklichen schlechten Lebensverhältnissen einigermaßen zu erholen.

Parteinachrichten.

Spaltung muß sein! Unter dieser Ueberschrift hatten wir in Nr. 242 des „Vorwärts“ der Zuschrift eines Arbeiter-Abstinenten Raum gegeben, worin von Spaltungstendenzen der Unabhängigen auch im „Deutschen Arbeiter-Abstinentenbund“ Mitteilung gemacht wird. Am Schluß der Zuschrift wird darauf verwiesen, daß dem Bundesvorstand aus Rheinland-Westfalen ein Ultimatum gestellt worden sei: Entweder ihr beruft sofort eine Generalversammlung ein oder der Bund wird gespalten! Beitragssperre nach berühmten Mustern ist schon verkündet.

Die Leitung des Gaues Rheinland-Westfalen des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes sandet uns mit Bezug auf diese Notiz eine Zuschrift, in welcher der Wortlaut des Antrages wiedergegeben ist, den die 10. Gaukonferenz bezüglich der Einberufung der statutarischen Generalversammlung durch den Bundesvorstand beschlossen hat. In diesem Antrage wird auch das Zurückhalten der Beiträge für den Bund bis zum Stattfinden der Generalversammlung gefordert. Von einer Spaltung des Bundes sei weder in dem Antrag noch sonst auf der Konferenz die Rede gewesen.

Wir haben vom wesentlichen Inhalt auch dieser Zuschrift Kenntnis gegeben, ohne uns zum Richter des Streites im Arbeiter-Abstinentenbund aufspielen zu wollen. Die erste Zuschrift verfolgte den Zweck, darzulegen, daß der Parteizwist in völlig sinnloser Weise auch in eine so kleine Organisation getragen werde. Eine Austragung des Streites kann natürlich in den Spalten des „Vorwärts“ nicht erfolgen.

Das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau teilt mit, daß es infolge der wiederum sehr vermehrten Aufwendungen genötigt ist, den Bezugspreis von 1 M. auf 1,20 M. zu erhöhen.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der am 6. September abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Brauerei Ernst Engelhardt teilte Generaldirektor Racher mit, daß in der nächsten Zeit der Bierpreis von 23 auf 29 M. für den Hektoliter erhöht werde, wozu noch die Brausteuer von 5,50 M. komme, so daß ab 1. Oktober ein Bierpreis von 34,50 M. gelten werde. Die Generalversammlung war einberufen worden, um über die Erhöhung des Grundkapitals um 650 000 M. auf 4 Millionen Mark Beschluß zu fassen. Die Kapitalserhöhung ist notwendig geworden, weil die Gesellschaft die Brauerei Oswald Berliner und Anteile der Königsberger Dampfbrauerei erworben hatte. Es ist aber nicht richtig, daß das Hofbräuhaus in Bamberg für Rechnung der Engelhardt-Brauerei angekauft worden sei, es sei vielmehr in die Hände eines Konsortiums übergegangen. Dagegen habe sich die Gesellschaft an dem Ankauf des Alexanderplatz-Hotels beteiligt, sich den Ausschank gesichert und das Zentralbureau dorthin verlegt. Die Engelhardt-Brauerei sei durch die von ihr vorgenommenen Erweiterungen die viertgrößte Brauerei Deutschlands geworden, in finanzieller Konstruktion stehe sie am günstigsten da. Der Absatz habe sich infolge der Angliederungen und Kontingenterwerbungen trotz einer nur fünfprozentigen Belieferung ungefähr auf gleicher Höhe wie im Geschäftsjahr 1917 gehalten. Die Dividende beträgt wieder 15 Proz.

Die Verwaltungen der Delmenhorster Linoleumfabrik „Ankermarke“, Delmenhorst, und der Deutschen Linoleumwerke Rixdorf, A.-G., Neukölln und Berlin, sind darüber einig geworden, den demnächst einzuberufenden Generalversammlungen die Verschmelzung der beiden Gesellschaften vorzuschlagen, und zwar auf der Basis, daß die Delmenhorster Linoleumfabrik „Ankermarke“ die Deutschen Linoleumwerke Rixdorf A.-G. aufnimmt und den Aktionären für drei Rixdorfer Aktien mit Dividendenscheinen für 1918 u. ff. zwei Aktien der Delmenhorster Linoleumwerke „Ankermarke“ mit Dividendenscheinen für 1918 u. ff. gegeben werden, so daß die neuen Aktien den alten Delmenhorster-Linoleumfabrik-Aktien vollkommen gleichberechtigt bleiben werden. Beide Verwaltungen versprechungen sich von diesem Zusammenschluß besondere Erleichterungen der durch die Uebergangszeit gebotenen Schwierigkeiten.“

Die Liquidation der de Wendel-Werke.

Die rücksichtslosen Eingriffe der französischen Regierung in deutsches Privateigentum haben die deutsche Regierung veranlaßt, die Zwangsliquidation über französischen Besitz in Deutschland anzuordnen. Eines der wertvollsten wirtschaftlichen Faustpfänder in deutscher Hand war der de Wendelsche Besitz. Von der auf rund 1900 Millionen Tonnen geschätzten Erzmenge Deutsch-Lothringens gehörte de Wendel allein ein gutes Drittel nämlich 650 Millionen Tonnen. Ihm gehörten Kohlen- und Erzgruben, Hütten-, Stahl- und Walzwerke, Nebenbetriebe aller Art einschließlich einer Waggonfabrik und eine land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche von 4800 Hektar. Angesichts des glänzenden Geschäftsganges fehlte es nicht an Kaufliebhabern. Der Besitz ist jetzt geteilt veräußert worden. Die nach dem in der Elektro-Industrie tätigen Landrat v. Raumer genannte Raumergruppe, in der sich u. a. die A.E.G., die Augsburger, Nürnberger und die Eßlinger Maschinenfabrik, die Firma Wolff, Netter u. Jakobi in Straßburg und die Stahlwerke Lindenberg in Remscheid befinden, hat den ungleich größeren Teil für 210 Mill. M. erworben, während der kleinere Teil für 50 Millionen Mark an den Stahlwerksverband übergeht. Ein Drittel der Kaufsumme ist sofort zu bezahlen, der Rest nach Friedensschluß. Die Raumer-Gruppe plant zur Uebernahme ihres Besitzteils die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft mit 130 Mill. Mark Aktienkapital und einer späteren Obligationenausgabe und will zu Erneuerungen und Erweiterungen der Werke noch 60 Mill. Mark in die Anlagen einbauen. Der Stahlwerksverband geht mit der Absicht um, den ihm zugeschlagenen Teil in eine Gewerkschaft einzubringen. Dem Reiche, bezw. den interessierten Bundesstaaten soll bekanntlich das Recht vorbehalten sein, sich später mit 51 Proz. an den beiden Unternehmungen zu beteiligen.

Soziales.

Wirksamerer Schutz der Arbeitskraft.

Durchaus im Einklang mit dem von uns an dieser Stelle schon mehrfach und eindringlich Dargelegten vertritt Dr. Heiz Potthoff im „Fränkischen Courier“ vom 27. August 1918 die dringende Notwendigkeit eines wirksameren Arbeiterschutzes in der Nachkriegszeit. In einem größeren Aufsatz erörtert P. in dem bezeichneten Blatte die Frage der „Zwangswirtschaft oder Wirtschaftsfreiheit“. Er kommt zu einem der Gemeinwirtschaft freundlichen Standpunkte. Zwei große Gebiete der Staatsbetätigung unterscheidet er, das der Versorgung der gesamten Bevölkerung mit dem zum Leben Notwendigen, möglichst auch mit dem zur Zivilisation Wünschenswerten und zum anderen das soziale im engeren Sinne. Hier sagt Potthoff nun:

> Wir stehen vor einer weitgehenden Umstellung der gewerblichen Betriebe von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Diese arbeitet unter sehr schwierigen Bedingungen wegen der Knappheit an Rohstoffen, an Schiffsraum, wegen der Valutaschwierigkeiten, des verstärkten Wettbewerbs der Nationen auf dem Weltmarkte. Wir müssen unsere Geltung auf dem Weltmarkte wiedergewinnen und können es angesichts des Hasses der halben Welt gegen uns nur mit sehr guten, preiswerten Leistungen erreichen. Die Notwendigkeit, alle Betriebe und Kräfte, alle Rohstoffe und Maschinen rationell auszunutzen, wird weitgehende Aenderungen hervorrufen. Dabei besteht die Gefahr, daß an der allerwichtigsten Kraft Raubbau getrieben wird, nämlich an der menschlichen Arbeitskraft: daß sie ohne Rücksicht auf dauernde Leistungsfähigkeit durch übermäßige Anspannung zu rasch abgenutzt wird, und nach kurzem zu den Millionen der Kriegsbeschädigten weitere Millionen von versorgungsbedürftigen Invaliden der Arbeit kommen. Dem muß nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Wir treiben jetzt unter dem Druck des Krieges bewußt Raubbau an der Gesundheit vieler Tausender von Rüstungsarbeitern, vor allem [illegible] und Jugendlichen. Er muß sich auf die Dauer schwer rächen an der Volksgesundheit. Deswegen ist sobald als möglich eine Gegenwirkung nötig durch weitgehende staatliche Sozialpolitik, vor allem durch Arbeiterschutz, Wiedereinführung und Verbesserung der Regelung der Arbeitszeit, durch Gesundheitsschutz in den Betriebseinrichtungen usw. Der Staat kann die Arbeitsbedingungen weder der Willkür des Unternehmertums, noch einem Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen. Er muß Wege bereiten zur Verständigung der Parteien über angemessene Bedingungen und muß nach Bedarf auch mit gesetzlicher Regelung eingreifen.

Wir wollen hoffen, daß solche Worte nicht auf ein taubes Gehör stoßen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.